Arbeiten für den Feind in der Heimat – der Arbeitseinsatz in der besetzten Ukraine 1941-1944*

Von Tanja Penter (Bochum)

Summary

The article examines the German policy towards the local workforce in occupied Ukraine (and its quantitative dimensions) in World War II. It devotes special attention to the question, how the workers were recruited and to what extent the German authorities used instruments of terror. The conditions of life and work of different groups of the local workforce are examined: urban and rural population, industrial workers, employees of German offices, women, youth, Soviet prisoners of war and prisoners of workcamps. Central questions of the "Zwangsarbeiter"-research, which until now merely concentrated on foreign workers, who had been deported to Germany during World War II, are applied on the population of the occupied Ukrainian territories.

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war bis zum November 1941 nahezu die gesamte Ukraine von deutschen (und im Südwesten rumänischen) Truppen besetzt worden. Von den knapp 41 Millionen Einwohnern, davon 31,5 Millionen in den altsowjetischen Gebieten und 9,4 Millionen in der erst 1939 hinzugekommenen Westukraine, geriet der größte Teil unter deutsche Herrschaft. Zwischen 1,9 und 4 Millionen Menschen waren von der Sowjetmacht evakuiert worden. Weitere Hunderttausende flüchteten vermutlich auf eigene Initiative.[1]

Die Ukraine besaß für die Sowjetunion vor Kriegsbeginn eine zentrale wirtschaftliche Bedeutung. 1940 produzierte sie 68 Prozent des sowjetischen Eisenerzes, 49 Prozent des Stahls, 50 Prozent der Kohle. Außerdem kamen aus der „Kornkammer der Sowjetunion" 25 Prozent des sowjetischen Getreides, vor allem Weizen, und 73 Prozent der Zuckerrüben. Im weltweiten Vergleich stand die Ukrainische Sowjetrepublik 1937 in der Roheisenproduktion auf dem dritten und in der Kohleförderung auf dem vierten Platz. Vor allem die Schwerindustriekomplexe des Donez- und Dnepr-Gebietes in der östlichen Ukraine hatten in den 1930er Jahren ein immenses Wachstum erfahren, während die Konsumgüterindustrie vergleichsweise unterentwickelt blieb. In der ostukrainischen Industrieregion lebte 1939 fast die Hälfte der gesamten Stadtbevölkerung der Ukraine. Weitere städtische Ballungszentren waren Kiev (846.000 Einwohner), Char'kiv (823.000 Einwohner) und Odessa (604.000 Einwohner). Insgesamt hatte sich die Stadtbevölkerung der Ukraine zwischen 1926 und 1939 mehr als verdoppelt. Trotz der beachtlichen Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse war die Ukraine von ihrer wirt-

* Der Beitrag entstand im Zusammenhang eines größeren Forschungsprojektes zur Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau, das von der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebietes (Bochum) und der RAG Aktiengesellschaft (Essen) gefördert wird. Für Anregungen und Kommentare danke ich Christoph Seidel.

1 Vgl. *D. Pohl*, Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Österreichische Osthefte 42 (2000) H. 3/4, S. 339-362, hier S. 344; *A.L. Perkovs'kyj/S.I. Pirožkov*, Demohrafični vtraty narodo naselennja Ukraïns'koï RSR u 40-ch rr., in: Ukraïns'kyj istoryčnyj žurnal (1990/2), S. 15-25, hier S. 17.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

schaftlichen Struktur jedoch auch 1940 noch weitgehend ein Agrarland, in dem etwa zwei Drittel der Bevölkerung auf dem Lande lebten.[2]

In ihrer ethnischen Struktur setzte sich die Bevölkerung zum größten Teil aus Ukrainern (24 Millionen oder 77 Prozent) sowie Russen (etwa vier Millionen oder 13,5 Prozent), Juden (1,5 Millionen oder 4,9 Prozent), Deutschen (knapp 400.000 oder 1,3 Prozent), Polen (350.000 oder 1,2 Prozent) und weiteren ethnischen Minderheiten zusammen. Dabei gab es jedoch regionale Unterschiede: So war beispielsweise der Anteil der russischen Bevölkerung mit über 30 Prozent in der ostukrainischen Bergbau- und Industrieregion – Stalino (Donec'k) und Vorošilovgrad (Luhans'k) – deutlich höher, der Anteil der jüdischen Bevölkerung mit ein bis zwei Prozent dagegen niedriger.[3]

Unter der deutschen Besatzung erfolgte eine administrative Aufteilung der Ukraine: das westukrainische Galizien wurde dem Generalgouvernement Polen zugeschlagen, die Bukovina, Bessarabien und das Gebiet um Odessa überließ man dem verbündeten Rumänien, der größte Teil der zentralen und südlichen Ukraine wurde unter die Zivilverwaltung des Reichskommissars Ukraine Erich Koch gestellt und die östlichen Gebiete verblieben über den gesamten Besatzungszeitraum unter der Verwaltung der Wehrmacht.

Die deutsche Besatzungspolitik zielte primär auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Ukraine, der dabei die Rolle einer Kolonie zugedacht war: Dies schloss die restlose Erfassung kriegswichtiger Wirtschaftsgüter, vor allem Agrarprodukte und Mineralöl, die Versorgung der Wehrmacht aus dem Lande und die Wiederingangsetzung von Betrieben zur Deckung des unmittelbaren Bedarfs der Wehrmacht sowie der deutschen Rüstungsindustrie ein.[4] Auch die Ausbeutung der Arbeitskraft der einheimischen Bevölkerung war in diesem Zusammenhang von Anfang an eingeplant. Im August 1941 hatte der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine allgemeine Arbeitspflicht für alle Einwohner im Alter zwischen 18 und 45 Jahren sowie einen Arbeitszwang für Juden im Alter von 14 bis 60 Jahren unter Androhung von massiven Strafen bei Nichteinhaltung eingeführt.[5]

Angesichts von mehr als 22 Millionen Sowjetbürgern, die in den besetzten Ostgebieten für die deutsche Kriegswirtschaft arbeiteten, erscheint die Zahl der *nur* etwa drei Millionen Sowjetbürger, die als „Ostarbeiter" ins Reich verschleppt wurden, vergleichsweise klein.[6] Dennoch ist der Arbeitseinsatz von Ausländern für die deutsche Kriegswirtschaft in der Forschung fast ausschließlich aus der „Reichsperspektive" wahrgenommen und untersucht worden. Während

2 *B. Krawchenko*, Social Change and national consciousness in Twentieth-Century Ukraine. Edmonton 1987, S. 113-134; *R. Torzecki*, Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik 1941 bis 1944, in: Europa unterm Hakenkreuz, Ergänzungsband 1, Berlin 1994, S. 260-261; *B. Ischboldin*, Die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Sowjetukraine, in: Weltwirtschaftliches Archiv 48 (1938 II), S. 379-398.

3 Die Angaben beziehen sich auf die Volkszählungsdaten von 1939. Vgl. *J.A. Poljakova*, Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 goda: Osnovnye itogi. Moskva 1992, S. 68-70.

4 Vgl. Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941-1944), Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 5, Berlin 1991, S. 28-30.

5 Vgl. Arbeitseinsatz, Heranziehung der einheimischen Bevölkerung, „Grüne Mappe", Teil I, S. 16-19, 49 f., in: Bundesarchiv (BA) Berlin, R 26IV, 33a.

6 Vgl. Statistik der Chefgruppe Arbeit des Wirtschaftsstabes Ost zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: RGVA (Russisches Staatliches Militärarchiv), F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1-2 sowie *R.-D. Müller*, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, in: *U. Herbert (Hg.)*, Europa und der „Reichseinsatz": Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945, Essen 1991, S. 234-250.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

die Verschleppung der „Ostarbeiter" und ihr Arbeitseinsatz in Deutschland von der Forschung mittlerweile relativ gut dokumentiert sind[7] und in weiten Teilen der Öffentlichkeit heute als massives Unrecht empfunden werden, stellt die Arbeit der Bevölkerung für die deutsche Kriegswirtschaft in den besetzten sowjetischen Gebieten bisher ein nahezu unerforschtes Feld dar.[8] Dies hat mehrere Ursachen: Zum einen sind die russischen und ukrainischen Archive für westliche Forscher erst seit wenigen Jahren zugänglich. Wichtige Anstöße zur Okkupationsgeschichte der ehemaligen sowjetischen Gebiete gaben die in den 1990er Jahren erschienenen Regionalstudien von Dieter Pohl und Thomas Sandkühler zu Galizien sowie von Bernhard Chiari und Christian Gerlach zu Weißrussland.[9] Eine Dissertation von Karel Berkhoff zum Besatzungsalltag im Reichskommissariat Ukraine (im Folgenden RKU) wurde vor einiger Zeit abgeschlossen und wird demnächst als Buch erscheinen.[10]

Ein weiterer Grund ist die bisherige historische Aufarbeitung in der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten: Während in Polen bereits seit der Mitte der 1970er Jahre von Historikern darauf hingewiesen wurde, dass die nicht deportierte polnische Bevölkerung in den annektierten Gebieten und im Generalgouvernement unter der deutschen Besatzung zum Teil demselben Arbeitszwang unterworfen und ebenso rücksichtslos ausgebeutet worden war wie die deportierte polnische Bevölkerung, hat diese Diskussion bis heute weder in der ehemaligen Sowjetunion noch in ihren Nachfolgestaaten stattgefunden.[11] Die „Arbeit für den Feind" galt nach Stalins Definition als Vaterlandsverrat, was dazu führte, dass die Geschichte des Arbeitseinsatzes unter deutscher Besatzung in der Sowjetunion ein weißer Fleck in den Geschichtsbüchern blieb. Und auch in der heutigen Ukraine, wo nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 in vielen Bereichen der Geschichtswissenschaft eine umfassende Umdeutung der Sowjethistoriographie stattgefunden hat, steckt die historiographische Aufarbeitung des Themas noch in den Anfängen.[12]

Im Folgenden wird versucht, die deutsche Arbeitseinsatzpolitik in der besetzten Ukraine in Grundzügen nachzuzeichnen und erste empirische Daten zur zahlenmäßigen Dimension des Arbeitseinsatzes zu liefern.[13] Darüber hinaus wird auf die Praxis und die verschiedenen Instru-

---

7 Während zu anderen Zwangsarbeitergruppen bereits Spezialstudien vorgelegt wurden, steht eine umfassende Monographie zum Schicksal der „Ostarbeiter" allerdings bis heute noch aus.

8 Von der neueren Forschung wird dieses erweiterte Verständnis von Zwangsarbeit und Zwangsarbeitern erst in jüngster Zeit aufgegriffen. Vgl. *U. Herbert*, Zwangsarbeit im „Dritten Reich". Kenntnisstand, offene Fragen, Forschungsprobleme, in: *W. Reininghaus/N. Reimann (Hg.)*, Zwangsarbeit in Deutschland 1939-1945. Archiv- und Sammlungsgut, Topographie und Erschließungsstrategien, Bielefeld 2001, S. 16-37.

9 *D. Pohl*, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944, München 1996; *T. Sandkühler*, „Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsaktionen von Berthold Beitz, Bonn 1996; *B. Chiari*, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941-1944, Düsseldorf 1998; *C. Gerlach*, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland, Hamburg 1999.

10 *K.C. Berkhoff*, Hitler's Clean Slate. Everyday Life in the Reichskommissariat Ukraine, 1941-1944, Diss. Toronto 1998.

11 Vgl. *A. Konieczny/H. Szurgacz*, Praca przymusowa polaków pod panowaniem Hitlerowskim 1939-1945 [Die Zwangsarbeit der Polen unter Hitlers Herrschaft 1939-1945], in: Documenta Occupationis, Bd. X, Poznan 1976, S. LIV ff.

12 Für ausführliche Literaturhinweise zur westlichen, sowjetischen sowie neuen ukrainischen und russischen Historiographie vgl. *T. Penter*, Zwangsarbeit – Arbeit für den Feind. Der Donbass unter deutscher Okkupation 1941-1943, (erscheint demnächst in: Geschichte und Gesellschaft 2004).

13 Die Untersuchung beschränkt sich dabei räumlich auf das RKU und die ostukrainischen Regionen, die unter deutscher Militärverwaltung verblieben, während das dem Generalgouvernement angegliederte Galizien und die ukrainischen Gebiete, die unter rumänischer Herrschaft standen, nicht berücksichtigt werden.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

mente bei der Arbeitskräfterekrutierung, insbesondere auf die Frage nach dem Einsatz von Terror und Zwangsmaßnahmen eingegangen. Im Anschluss werden die Arbeits- und Lebensbedingungen verschiedener Gruppen von Arbeitskräften – Land- und Stadtbevölkerung, gewerbliche Arbeitskräfte, Angestellte deutscher Dienststellen, Frauen, Kriegsgefangene und Lagerhäftlinge – näher untersucht. Damit werden zentrale Fragestellungen der Zwangsarbeiterforschung aufgegriffen und auf die besetzten Gebiete übertragen.

I. Die Arbeitseinsatzpolitik der deutschen Besatzungsbehörden

Der Arbeitseinsatz war ein Bereich der Besatzungspolitik, der im Besatzungszeitraum immer mehr an Bedeutung gewann, was sich allein schon in der starken Zunahme der Zahl der Arbeitsbehörden und des Personals äußerte.[14] Zugleich zeigt das Beispiel der Arbeitseinsatzpolitik einmal mehr die inneren Widersprüche der Besatzungspolitik in den besetzten Ostgebieten. Politische und wirtschaftliche Zielvorstellungen sowie auch konkurrierende wirtschaftliche Zielvorstellungen waren manchmal unvereinbar.[15] Die Arbeitseinsatzpolitik stand von Beginn an in einem engen Zusammenhang zur Ernährungspolitik. Um nicht nur die Versorgung der Truppen aus dem Lande sicherzustellen, sondern zudem möglichst viele Lebensmittel ins Reich abtransportieren zu können, war mit Zustimmung Hitlers, Görings, Rosenbergs und führender Wehrmachtstellen eine selektive Hungerstrategie gegenüber der ukrainischen Bevölkerung beschlossen worden, die vor allem die Aushungerung der landwirtschaftlichen Zuschussgebiete – in der Ukraine insbesondere der größeren Städte und Industrieregionen – einschloss. Der Hungertod einiger Millionen Menschen wurde dabei bewusst in Kauf genommen.[16]

Während die Tatsache einer zentral geplanten „Hungerpolitik" gegenüber der ukrainischen Stadtbevölkerung in der Forschung mittlerweile als unbestritten gelten kann, lassen sich aufgrund des Mangels an entsprechenden Lokal- und Regionalstudien bisher nur vage Aussagen über das tatsächliche Ausmaß der Hungerkatastrophe treffen. In Char'kiv starben im Winter 1941/42 an den Folgen des Hungers mehrere tausend Menschen,[17] und auch für Kiev geht die neuere Forschung von einer beachtlichen Zahl an Hungeropfern aus.[18] Dagegen war in den Bergbaugebieten des Donezbeckens die Zahl der Hungertoten offenbar deutlich geringer,[19] was

14 So wuchs die Zahl der Arbeitsämter in den Gebieten unter Militärverwaltung von Januar 1942 bis Januar 1943 von 130 auf 174 und die Zahl ihrer deutschen Mitarbeiter von 220 auf 600 an. Zunehmend griff man bei der Besetzung der Arbeitsämter auf einheimische Hilfskräfte zurück, deren Zahl im genannten Zeitraum von 7 auf 1.789 und bis zum Juli 1943 sogar auf 3.188 anstieg. Vgl. *R.-D. Müller (Hg.)*, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941-1943. Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew, Boppard am Rhein 1991, S. 299.

15 Vgl. zum Gegensatz politischer und wirtschaftlicher Besatzungsziele beispielsweise *R.J. Gibbons*, Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 29 (1977), S. 252-261.

16 Vgl. zur Hungerpolitik ausführlich: Der Angriff auf die Sowjetunion, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 989-1022; *C. Gerlach*, Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998; *W. Moskoff*, The bread of affliction. The food supply in the USSR during World War II, Cambridge 1990; Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges (Ausstellungskatalog), Hamburg 2002, S. 287-360.

17 Nach Angaben der ukrainischen Stadtverwaltung fielen der Hungerkatastrophe bis September 1942 mindestens 11.918 Menschen zum Opfer. Char'kiv wurde von der deutschen Militärverwaltung systematisch abgeriegelt und in ein „Hungerghetto" verwandelt. Vgl. dazu Verbrechen der Wehrmacht, S. 328-346.

18 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's Clean Slate, S. 144-193.

19 Vgl. Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Süd (WiS) v. Mai 1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 31, 431.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

möglicherweise darauf zurückzuführen ist, dass die „Hamsterfahrten" der Stadtbevölkerung auf das Land dort, anders als in Char'kiv, von den lokalen Besatzungsbehörden zunächst weitgehend zugelassen wurden.[20] In der Praxis erwies sich der „Hungerplan" schon bald als nicht durchführbar. Vor allem der wachsende Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz vor Ort und im Reich führte zu einer Modifizierung der Hungerpolitik, die nun nicht mehr die gesamte Stadtbevölkerung, sondern in erster Linie die Nicht-Arbeitenden betraf.[21] Die neue „Versorgungshierarchie" kam in einem Bericht der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft des RKU vom November 1941 zum Ausdruck. Darin hieß es: „Die Aufgabenstellung der Ernährungs- und Landwirtschaft bleibt im Reichskommissariat die gleiche wie bisher: a) die gesamte im russischen Raum eingesetzte deutsche und verbündete Wehrmacht ist aus diesem Raum zu ernähren; der wesentlichste Anteil entfällt dabei auf die Ukraine; b) Das Reich wünscht darüber hinaus die Lieferung großer Mengen an Vieh, Getreide und Ölsaaten; c) Erst in dritter Linie kommt die Sorge für die für Deutschland arbeitende einheimische Bevölkerung; d) Die übrige Bevölkerung der Städte kann erst in vierter Linie und nur dann berücksichtigt werden, wenn wirklich noch gewisse Mengen vorhanden sind; e) In letzter Linie sollen die Gefangenenlager berücksichtigt werden."[22]

Ein weiterer Zielkonflikt kam in der wachsenden Konkurrenz um Arbeitskräfte zwischen dem Reich und den lokalen Bedarfsträgern zum Ausdruck. Seit der Ernennung Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (GBA) im Frühjahr 1942 hatte die Rekrutierung von Arbeitskräften für das Reich zunächst uneingeschränkte Priorität vor dem lokalen Arbeitskräftebedarf im besetzten Gebiet.[23] Seit dem Sommer 1942 verfolgte die Wirtschaftspolitik des Reiches in den besetzten Ostgebieten dann jedoch verstärkt den Wiederaufbau und die Ausnutzung der kriegswichtigen industriellen Ressourcen vor Ort. Das vorrangige Interesse galt dabei der Erdölförderung, dem Erz- und Kohlenbergbau, den Hüttenwerken und stahlverarbeitenden Betrieben sowie den Energiezulieferern, die sich vor allem im Dneprbogen und Donezbecken konzentrierten. Dadurch gerieten die Rekrutierungen für den Reichseinsatz zunehmend in Konkurrenz zu dem steigenden regionalen Arbeitskräftebedarf.[24] In den landwirtschaftlichen Bezirken mussten die Reichswerbungen in den Erntemonaten August bis Oktober ganz ausgesetzt werden. Auch zwei Armeeoberkommandos verboten zeitweilig die Anwerbungen wegen des erhöhten Eigenbedarfs an Arbeitskräften.[25] Im November wurde das Gebiet der Heeresgruppe B aufgrund des Arbeitskräftemangels sogar über mehrere Wochen für die Reichswerbungen gesperrt.[26] Im RKU wurden im Juni 1942 die Facharbeiter kriegswichtiger Betriebe – Versorgungsbetriebe der Armee, Organisation Todt, Eisenbahn, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Brennstoff fördernde Betriebe, zentrale Landwirtschaftsbetriebe – von der Reichswerbung ausgeschlossen.[27] Die Zahlen spiegeln den deutlichen Rückgang der Reichswerbungen wider: Aus

20 Vgl. BA-MA, RH 22, 91. Vgl. außerdem zur Wanderbewegung der Stadtbevölkerung Lagebericht der WiS für Juni 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

21 Vgl. Der Angriff auf die Sowjetunion, S. 989-1022.

22 Bericht Nr. 1 über die Ernährungs- und Landwirtschaft in der Ukraine, in: Zentrales Staatsarchiv der höheren Machtorgane der Ukraine (CDAVOU), F. 3206, Op. 1, D. 24, Bl. 29.

23 Vgl. „Grüne Mappe", Teil I, S. 142, in: BA, R 26 IV, 33a.

24 Vgl. Lagebericht der WiS von Juni 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

25 Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 321-323.

26 BA-MA, RW 31, 418.

27 Runderlass des RKU vom 25. Juni 1942, in: Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine 1942, S. 191.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

dem Zuständigkeitsbereich der gesamten Wirtschaftsinspektion Süd (WiS)[28] wurden von Januar 1942 bis September 1943 über 700.000 Menschen ins Reich deportiert, etwa zwei Drittel von ihnen jedoch bereits bis zum Juli 1942. Ab Sommer 1942 hatten die Reichswerber dann immer geringere Erfolge zu verzeichnen, während zugleich die Zahl der Beschäftigten in den einheimischen kriegswichtigen Industrien wuchs.[29] So stieg die Belegschaft im Steinkohlenbergbau des Donezbeckens von Juni bis Dezember 1942 von 20.000 auf knapp 100.000 an[30], was darauf zurückzuführen war, dass dem Wiederaufbau der Kohlenförderung am 1. Juli per Führerbefehl höchste Priorität zugesprochen worden war.[31] Und auch insgesamt stieg die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte innerhalb der WiS seit Sommer 1942 deutlich an, ablesbar an Statistiken über die Zahl der Werksküchen und der durch diese verpflegten Arbeitskräfte.[32] Zugleich spiegelt die Statistik wider, dass die Besatzungsbehörden angesichts wachsenden Arbeitskräftemangels vor Ort versuchten, die Versorgung der Arbeitskräfte zu verbessern.

Während der Arbeitseinsatz im zivilverwalteten Reichskommissariat Ukraine dem Reichskommissar Koch bzw. den jeweiligen Generalkommissaren unterstand, gehörte dies im Operationsgebiet zu den Aufgaben des Wirtschaftsstabes Ost bzw. seiner Wirtschaftsinspektionen und -kommandos. Zudem war der GBA Sauckel ermächtigt, bei den Militär- und Zivilverwaltungen zentrale Beauftragte zur Rekrutierung von Arbeitskräften für das Reich einzusetzen.

II. Die quantitative Dimension des Arbeitseinsatzes

Über die quantitative Dimension des Arbeitseinsatzes der lokalen Bevölkerung in der Ukraine lassen sich anhand der verfügbaren Quellen nur ungefähre und punktuelle Aussagen treffen. Im Juli 1943 waren 7,5 Millionen (44 Prozent) der 16,9 Millionen Menschen im RKU im Arbeitseinsatz; innerhalb der WiS waren es 3,2 Millionen (46 Prozent) der etwa 7 Millionen zählenden Bevölkerung.[33] Damit wurde in der besetzten Ukraine ein vergleichsweise hoher Beschäftigtenstand erreicht.[34] Es bestanden allerdings zum Teil beachtliche regionale Unterschiede innerhalb der Ukraine.[35]

---

28 Der militärisch organisierte Wirtschaftsstab Ost war das zentrale Exekutivorgan des unter Görings Leitung stehenden Wirtschaftsführungsstabes Ost und war zuständig für die wirtschaftliche Ausbeutung des gesamten Operationsgebietes. Ihm waren in den rückwärtigen Heeresgebieten fünf Wirtschaftsinspektionen (darunter die WiS, die im Wesentlichen die ukrainischen Gebiete umfasste, sofern sie unter Militärverwaltung standen) und 23 Wirtschaftskommandos unterstellt.

29 *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 549-550.

30 BA-MA, RW 31, 418, 421, 423, 424, 426, 431, 432, 433, 434, 437, 439, 477, 261, 976; BA Berlin, R 3101, 34174, Bl. 156; National Archives and Records Administration, College Park, Maryland (NARA), T 77, roll 1104, 1105.

31 Vgl. BA-MA, RH 22, 92; RW 31, 976.

32 Wurden am 1. Juni knapp 100.000 Beschäftigte in 214 Werksküchen verpflegt, so waren es zwei Monate später bereits über 500 Werksküchen, die 461.000 Arbeitskräfte verpflegten und Ende September sogar 1062 Werksküchen für 739.000 Beschäftigte. Vgl. BA-MA, RW 31, 432, 433, 434, 418.

33 Vgl. BA-MA, RW 31/260, 424, 428; PS-2250.

34 Zum Vergleich: In Berlin betrug der - für das Reich vergleichsweise hohe - Anteil der Beschäftigten zur gleichen Zeit 49 Prozent der Gesamtbevölkerung.

35 So standen in der Hauptstadt des Donbass, Stalino (Donec'k), im Mai 1943 mehr als 46 Prozent der Gesamtbevölkerung und 68 Prozent aller Erwachsenen (äler als 14 Jahre) im Arbeitseinsatz. Das war nach Ansicht der Behörden ein Beschäftigungsgrad, der kaum noch zu übertreffen war. In den Bergbausiedlungen von Gorlovka und Grišino gingen dagegen nur 34 Prozent bzw. 30 Prozent der Einwohner offiziell einer Beschäftigung nach. Vgl. Verhältnis Beschäftigte/Einwohner in Arbeitsamtbezirken des Armeebereichs AwiFü/PzAOK1 vom 12.5.43, in: BA-MA, RW 31/477 sowie BA-MA, RW 31, 424, 426, 477.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Die Mehrzahl der Beschäftigten arbeitete in der Landwirtschaft. Im RKU waren im Juni 1943 6,1 der insgesamt 7,5 Millionen Beschäftigten in der Landwirtschaft eingesetzt.[36] Laut einer Statistik der „Chefgruppe Arbeit des Wirtschaftsstab Ost" arbeiteten Ende 1942 20,8 Millionen Menschen in den besetzten Ostgebieten in der Landwirtschaft, aber nur 1,1 Millionen in der Industrie. Hinzu kamen weitere Millionen Arbeitskräfte, die beim Bau von Eisenbahnverbindungen, Straßen, Flugplätzen, Brücken und Befestigungsanlagen beschäftigt waren sowie Hunderttausende, die im Gefolge der Wehrmacht (als Fahrer, Wachmannschaften, Küchenpersonal, Entladekolonnen oder Hilfswillige) eingesetzt waren. Die über eine Million Arbeitskräfte der gewerblichen Wirtschaft arbeiteten zum größten Teil in Nahrungsmittelbetrieben (25 Prozent), in der Forst- und Holzwirtschaft (19 Prozent), in der Eisen verarbeitenden Industrie (9 Prozent) und im Bergbau (9 Prozent) (siehe Tabelle 1).[37]

Tabelle 1: Der Arbeitseinsatz in der gewerblichen Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten Ende 1942[38]

Wirtschaftssektor	Beschäftigte
Ernährungsbetriebe	271.000
Forst- und Holzwirtschaft	210.000
Bergbau	95.000
Davon:	
Kohle	*75.000*
Erz	*10.000*
Ölschiefer	*10.000*
Torfgewinnung	75.000
Eisen schaffende Industrie	40.000
Eisen verarbeitende Industrie	101.000
Erdölförderung	7.000
Chemie	15.000
Textilindustrie	55.000
Steine und Erden	55.000
Holz verarbeitende Industrie	10.000
Tabakindustrie	4.000
Sonstige Industrie	140.000
insgesamt	1.078.000

Bis Juli 1943 waren aus dem RKU etwa 1.023.000 (6 Prozent der Gesamtbevölkerung) und aus der WiS etwa 711.000 Arbeitskräfte (10 Prozent der Gesamtbevölkerung) ans Reich abgegeben worden.[39] Insgesamt waren etwa 2,14 der etwa drei Millionen „Ostarbeiter" aus der Ukraine ins Reich verschleppt worden.[40] Daran wird deutlich, dass die Reichsrekrutierungen im Vergleich

36 Vgl. Bericht des GBA über Aufgaben und Ergebnisse auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes vom 1. Januar bis 30. Juni 1943, in: BA Berlin, R 3101, 1081, Bl. 74.

37 Vgl. Statistik der Chefgruppe Arbeit des Wirtschaftsstabes Ost zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: RGVA, F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1-2. Eine andere Statistik des Wirtschaftsstabes Ost geht für Anfang 1943 von ca. 137.000 Beschäftigten in 1774 Industriebetrieben im RKU und 228.000 Beschäftigten in 1415 Industriebetrieben in der WiS aus, wobei die Nahrungsmittelindustrie nicht berücksichtigt wird. Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 477.

38 Vgl. Bericht des Wirtschaftsstab Ost über den Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten vom 12. Februar 1943, in: RGVA, F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1-2.

39 Vgl. BA-MA, RW 31, 260, 424, 428; PS-2250.

40 Vgl. Zentrales Staatsarchiv der gesellschaftlichen Vereinigungen der Ukraine (CDAHOU), F. 1, Op. 23, D. 1478, Bl. 7; *Müller*, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter, S. 234-250.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

zu der Masse der Beschäftigten, die in der Ukraine selbst für den Feind arbeiteten, quantitativ eine untergeordnete Rolle spielten. Im Mittelpunkt der Tätigkeit der Arbeitsbehörden in den besetzten Ostgebieten stand demnach nicht die Rekrutierung von Ostarbeitern, sondern die Beschaffung von Arbeitskräften für den regionalen Bedarf. Der Vergleich zwischen den Reichsrekrutierungen im RKU und in der WiS zeigt zudem, dass die Arbeitskräftemobilisierung für den Reichseinsatz in den Gebieten unter Militärverwaltung – gemessen an der jeweiligen Bevölkerungszahl – deutlich größer war als im zivilverwalteten RKU, während die Rekrutierungen für den regionalen Bedarf prozentual zur Gesamtbevölkerung etwa gleich groß waren. So wurden die höchsten Anwerbequoten für das Reich (prozentual zur Gesamtbevölkerung) in den östlichen Gebieten Stalino, Char'kiv, Zaporižžja und Poltava erreicht, die über den gesamten Besatzungszeitraum oder relativ lange unter Militärverwaltung standen. Ausnahmen bildeten das Gebiete Vorošilovgrad, das insgesamt nur wenige Monate unter deutscher Besatzung stand und die Gebiete Černihiv und Sumy, wo die Partisanenbewegung sich innerhalb der Ukraine am stärksten entwickeln konnte.

Im Reichskommissariat lag die Zahl der Anwerbungen prozentual zur Gesamtbevölkerung deutlich niedriger, mit Ausnahme des hoch industrialisierten und urbanisierten Gebietes Dnipropetrovs'k. Dies zeigt, dass die Industrieregionen im Dneprbogen und im Donezbecken, wo sich die qualifizierten Arbeitskräfte konzentrierten, stärker von den Anwerbungen betroffen waren, als viele landwirtschaftliche Regionen.[41] Die Forschung hat zwar bereits vor längerer Zeit festgestellt, dass das Leben in den Gebieten unter Militärverwaltung für die Bevölkerung kaum besser war als im RKU. Sie hat dieses aber bisher nahezu ausschließlich unter dem Aspekt der Massenvernichtung und Verbrechen gegen einzelne Bevölkerungsgruppen untersucht. Der Arbeitseinsatz war hingegen ein Bereich, der den Großteil der lokalen Bevölkerung direkt betraf, und auch dort erwies sich die Militärverwaltung für die lokale Bevölkerung somit nicht als vorteilhaft im Vergleich zur Zivilverwaltung.

III. Die Rekrutierung der Arbeitskräfte

Bei der Rekrutierung von Arbeitskräften wurden von den Besatzungsbehörden von Beginn an Druckmittel eingesetzt, zunächst überwiegend ökonomische Zwänge, dann zunehmend auch physische Gewalt. Zur restlosen Erfassung aller verfügbaren Arbeitskräfte wurde nicht nur die Ausgabe von Lebensmitteln von der Meldung beim Arbeitsamt abhängig gemacht.[42] Mehrere Arbeitsämter ließen im Donezbecken bereits kurze Zeit nach der Besetzung „zur Bekämpfung des Arbeitsunwillens" Zwangsmaßnahmen in Form von Razzien durch die ukrainischen Polizeikräfte, Passkontrollen, Einführung der Prügelstrafe, Verhängung von Haftstrafen bis zu 14 Tagen und Einrichtung von Arbeitslagern durchführen. Manchmal ließen die Arbeitsbehörden auch den SD mit „drakonischen Strafen" eingreifen.[43]

Dies betraf die Rekrutierung der Arbeitskräfte für den regionalen Bedarf ebenso wie die Anwerbung der „Ostarbeiter". Am 17. Dezember 1941 fuhr der erste Transport mit 760 Bergleuten aus Kryvyj Rih nach Deutschland. Ihre Bereitstellung war laut den zuständigen Besatzungs-

41 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 1478, Bl. 7; *V.S. Kožurin*, O čislennosti naselenija SSSR nakanune Velikoj Otečestvennoj vojny, in: Voenno-istoričeskij Žurnal 2 (1991), S. 21-26.

42 Vgl. beispielsweise in den Gebieten unter Militärverwaltung den Aufruf der Feldkommandantur in Stalino in der regionalen Besatzungspresse, Doneckij Vestnik, 8. Januar 1942 sowie im RKU die Pressemeldung der Stadtverwaltung von Kryvyj Rih, in: Dzvin, 12. Oktober 1941, S. 4.

43 Vgl. KTB der WiS vom 21. Januar und 2., 3., 5., 6. Februar 1942, in: NARA, T77, roll 1103.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

behörden nicht einfach gewesen, da es offenbar an Freiwilligen mangelte.[44] Daher veröffentlichte das lokale Organ der Besatzungsmacht „Dzvin" am 7. Dezember 1941 folgenden Appell des Arbeitsamtes: „Die freiwillige Werbung von Bergleuten für Deutschland hatte bisher nur unzureichenden zahlenmäßigen Erfolg. Daher werden alle Arbeitskräfte, die im lokalen Bergbau arbeiten und im Alter von 18 bis 50 sind, zur Arbeit im Bergbau in Deutschland verpflichtet."[45] Die Tatsache, dass sich in der Anfangszeit vielerorts auch mehrere tausend Freiwillige für den Reichseinsatz meldeten, war – wie auch die deutschen Besatzungsbehörden konstatierten – vor allem auf „die schwierigen Ernährungsverhältnisse vor Ort" zurückzuführen.[46]

Die deutsche Propaganda tat das ihrige, um die Bevölkerung für den Arbeitseinsatz zu mobilisieren. Ihre neuen Losungen lauteten beispielsweise: „Vereint zur gemeinsamen Arbeit! Es ist ganz gleich, wo ihr arbeitet, in Deutschland oder hier in eurer Heimat – eure Zukunft ist unzertrennlich mit Deutschland verbunden. Sichert diese Zukunft durch eure ehrliche, fleißige Arbeit" oder „Die unbesiegbare deutsche Armee brachte euch die Freiheit! Dankt ihr damit, dass ihr nach Kräften zum Wiederaufbau der von den Bolschewiki zerstörten Heimat beitragt" oder „Wer sich nicht am Wiederaufbau des Landes beteiligt, der schließt sich selbst aus dem Kollektiv aus und verliert alle Rechte. Diejenigen, die nicht arbeiten wollen, das sind Taugenichtse und Saboteure. Durch die Teilnahme an den Wiederaufbauarbeiten sichert sich jeder Einzelne seinen Platz im Land im Kreise seines Volkes und eine glückliche Zukunft".[47] Vielfach griff die Besatzungspresse dabei zentrale Motive der sowjetischen Propaganda wieder auf, wie beispielsweise das der „glücklichen Zukunft".

Die Propaganda für den Reichseinsatz warb mit der „hohen Produktionskultur, guten Lebensbedingungen und vorzüglicher Verpflegung" im Reich sowie mit kostenloser medizinischer Hilfe im Krankheitsfall und der Versorgung der zurückbleibenden Angehörigen.[48] Die Besatzungspresse veröffentlichte auch einige – offensichtlich fingierte – Briefe von „Ostarbeitern" an ihre Angehörigen, die ein Bild vom Leben und Arbeiten im Reich zeichneten, das mit der Alltagsrealität der meisten „Ostarbeiter" wenig zu tun hatte. Beispielsweise schrieb darin angeblich eine junge Frau im März 1942 aus Dortmund:

„Ach Mama, was ist hier für eine Schönheit und Kultur im Hause und auf der Straße. Beim Aufräumen der Wohnung zum Beispiel und überhaupt bei jeder Arbeit bleibst Du immer ganz sauber, sogar die Hände macht man sich nicht dreckig, weil das schwerste die Maschinen machen. Die Teppiche werden mit dem Staubsauger gereinigt, Messer und Gabeln mit einer speziellen Maschine und sogar das Brot wird nicht mit der Hand sondern mit einer Maschine geschnitten. Mama, das ist so ein Vergnügen geschmückt mit einer weißen Schürze zu arbeiten und diese hervorragenden klugen Maschinen zu benutzen! In den Läden gibt es viel – Fleisch, Butter, Konfekt, Brot, Makkaroni, Nüsse, einfach alles. Und Schlangen gibt es hier gar nicht. Und wie lecker dies alles ist, könnt Ihr euch nicht vorstellen."[49]

Dabei konnte die Propaganda an ältere Vorstellungen von Deutschland als modernes, reiches und technisch überlegenes Land anknüpfen, die in großen Teilen der sowjetischen Bevölkerung verbreitet waren. So hieß es beispielsweise in einem Erfahrungsbericht des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete: „Die Russen treten nach fast einem Vierteljahrhundert – manche

44 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's clean slate, S. 458.
45 Dzvin, 7. Dezember 1941.
46 BA-MA, RW 31, 410.
47 Vgl. Doneckij Vestnik vom 7. Juni, 11. Juni, 14. Juni, 6. August 1942.
48 Vgl. Dnipropetrovs'ka Hazeta, 11. Mai 1942; Doneckij Vestnik, 29. Januar 1942.
49 Vgl. Doneckij Vestnik, 26. März 1942.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

überhaupt zum ersten Mal in ihrem Leben – mit Europa in Berührung. Daher sind sie von allen möglichen Erwartungen erfüllt, die z.T. recht unklar und übertrieben sind, bei denen aber die Überlegenheit der Deutschen allgemein anerkannt wird."[50] Letztlich gingen diese Vorstellungen auf die sowjetische Propaganda der 1930er Jahre zurück, die zur Mobilisierung der Bevölkerung für die Industrialisierung das Vorbild – und zugleich abschreckende Beispiel – des westlichen Auslands, insbesondere Amerikas, beschworen hatte, während die Sowjetunion zugleich in großer Zahl moderne Technik und Spezialisten im Ausland, vor allem in den USA und in Deutschland, einkaufte.[51]

Die Zahl der „Freiwilligen" für den Reichseinsatz ging jedoch sehr schnell wieder zurück, als sich herausstellte, dass das Versprechen, die Angehörigen zu versorgen, von den Besatzungsbehörden nicht eingehalten wurde. Auch über die katastrophalen Bedingungen für die „Ostarbeiter" während des Transports und an ihren Einsatzorten war die lokale Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt bereits erstaunlich gut informiert, zum Teil durch Rücktransporte von kranken „Ostarbeitern" aus dem Reich, die von ihren Erfahrungen berichteten.[52] Das Misstrauen der Bevölkerung wuchs auch dadurch, dass der deutschen Zensur und Propaganda zuweilen Fehler unterliefen. So erhielten beispielsweise alle Bewohner einer Stadt Postkarten ihrer Angehörigen aus Deutschland, die vom ersten bis letzten Wort gleichen Inhalts waren.[53]

Zum Jahreswechsel 1942 berichtete die WiS, dass Arbeitskräfte für den Reichseinsatz nur noch durch Zwangsmaßnahmen zu mobilisieren seien.[54] Im RKU war die Lage ähnlich. So meldete der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD im Dezember 1942 aus Kiew: „Die laufenden hohen Auflagen des Reichs zur Bereitstellung von Arbeitskräften aus den besetzten Ostgebieten stellen die Anwerbekommissionen vor die Frage, entweder das Soll unter Anwendung von Zwangsmitteln zu erfüllen, oder die geforderten Kräfte nicht zusammenzubringen. Da die freiwilligen Meldungen praktisch bereits seit Mitte dieses Jahres vollkommen aufgehört haben, können die Auflagen nur durch zwangsweise Aushebung erreicht werden."[55] Diese Zwangsmaßnahmen bestanden beispielsweise darin, dass eine Anzahl Geiseln solange eingesperrt wurde, bis das betreffende Dorf das geforderte Kontingent an Arbeitskräften gestellt hatte, oder darin, dass man die gesamte Dorfbevölkerung zusammentrieb und das Soll durch „3. Mann-Abzählen" erfüllte. Verbreitet war auch die Praxis, den einheimischen Bürgermeistern und Rajonvorstehern Mindestauflagen an Arbeitskräften aufzuerlegen.[56]

Die zunehmend brutalen Rekrutierungsmethoden stießen auch bei einigen der Besatzungsfunktionäre auf Kritik. So konstatierte beispielsweise der Generalkommissar für die Krim, Gauleiter Frauenfeld, im Februar 1944 in einer Denkschrift:

„Vom Drahtverhau umgebene Lager, von vergitterten Transportwagen bis zur überfallartigen Umstellung und Durchkämmung von Dörfern und zur nächtlichen Aushebung, bei der man nach GPU-Art die Leute aus den Betten holte, wurde das ganze Register des arabischen Sklavenfanges unter den Negern Afrikas in früheren Jahrhunderten in Anwendung gebracht.

50 Vgl. BA Berlin, R6, 69, Bl. 135.

51 Vgl. dazu: *K. Schlögel*, Rußlands amerikanischer Traum, in: *ders.*, Go East oder Die zweite Entdeckung des Ostens, Berlin 1995, S. 185-200.

52 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD über „Rücktransport arbeitsunfähiger ukrainischer Arbeiter aus dem Reich", 29. Juni 1942, in: BA Berlin, R 70 SU, 17.

53 Vgl. Lagebericht der WiS für Mai 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

54 BA-MA, RW 31, 418, 421.

55 Der Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew zur „Anwerbung von Arbeitskräften aus den altsowjetischen Gebieten", 19. Dezember 1942, in: BA Berlin, R 70 SU, 17.

56 Vgl. ebd.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Ausheben der Besucher von Kinos oder Theatervorstellungen, von Marktbesuchern waren dabei ebenso beliebt wie das Zusammentreiben der ‚freiwilligen' Arbeitskräfte mit Kolbenstößen und Gewehr im Anschlag. Oft hob man die Leute aus und transportierte sie ab, ohne ihnen Gelegenheit zu geben, sich von den Angehörigen zu verabschieden oder ihr nötigstes Gepäck mitzunehmen."[57]

Auf Anordnung Sauckels wurden im April 1943 von den Arbeitsbehörden erstmals ganze Geburtsjahrgänge ausgehoben.[58] Der Erfolg blieb jedoch weit hinter den Erwartungen zurück, da der Bevölkerung fast jedes Mittel recht war, um sich der Verschleppung ins Reich zu entziehen, und sie sich selbst durch Strafandrohungen bis hin zur Todesstrafe nicht mehr einschüchtern ließ.[59] Aus Angst vor der Verschleppung war bei den Musterungspflichtigen die Praxis verbreitet, sich selbst Verletzungen oder Vergiftungen zuzufügen.[60] Auch die Zahl derjenigen, die sich dem Reichseinsatz durch Flucht entzogen, war erheblich.[61] Selbst der massive Einsatz der Propaganda und die verstärkte Zensur der „Ostarbeiter"-Post brachten nicht mehr die gewünschten Erfolge.[62] Große Ausfälle verursachte zudem der schlechte Gesundheitszustand der Musterungspflichtigen, so dass an einigen Orten gerade einmal ein Fünftel der Gemusterten überhaupt für den Reichseinsatz geeignet waren.[63]

Beim Arbeitseinsatz vor Ort war die Aushebungspraxis nicht weniger brutal: Auch dafür konnten Arbeitskräfte im Frühjahr 1943 nur noch unter Anwendung massiven Zwangs rekrutiert werden. Im Februar 1943 wurde durch eine Verordnung des OKH eine allgemeine Arbeitspflicht für die gesamte Zivilbevölkerung im Alter von 14 bis 65 Jahren für das Operationsgebiet eingeführt.[64] Bei Nichteinhaltung drohten Geldstrafen, Arbeitslager oder Gefängnis.[65] Die Wirtschaftsbehörden beurteilten den möglichen Erfolg der Verordnung jedoch von Beginn an skeptisch: „Auch die Arbeitsverpflichtung wird nur zu einem Erfolg führen, wenn genügend Polizeikräfte zur Verfügung stehen".[66]

Im RKU konnten Personen, die sich der allgemeinen Arbeitspflicht zu entziehen versuchten, im Frühjahr 1943 zu mehrjährigen Lager- und Gefängnisstrafen verurteilt werden.[67] Denn die „Arbeitswilligkeit" der Bevölkerung hing auch von den Ereignissen an der Front ab. Insbesondere in den frontnahen Gebieten konnte die Furcht vor einer Rückkehr der Roten Armee und vor Vergeltungsaktionen gegen alle, die für die Besatzer gearbeitet hatten, zu Arbeitsverweigerungen führen. [68] In Einzelfällen wurde der Bevölkerung deshalb sogar mit der Todesstrafe

57 NO-5394, Bl. 20.
58 BA-MA, RW 31, 423.
59 Lagebericht der WiS für Mai 1943, in: BA-MA, RW 31, 439.
60 Interview mit Maja I. Saènko (geb. 1925), aufgezeichnet im Juni 2001 in Donec'k.
61 BA-MA, RW 31, 477.
62 BA-MA, RW 31, 423, 439.
63 Ebd.
64 BA-MA, RW 31, 417. Bl. 144; Doneckij Vestnik, 22. Dezember 1942.
65 Vgl. Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz der sowjetischen Zivilbevölkerung im Operationsgebiet vom 6.2.1943, in: BA-MA, RW 31, 420.
66 BA-MA, RW 31, 421.
67 Vgl. Dnipropetrovs'ka Hazeta, 16. April 1943.
68 BA-MA, RW 31/421. Die Angst der Bevölkerung vor Racheaktionen der Roten Armee war nicht unbegründet: Als die sowjetischen Truppen im Februar 1943 kurzzeitig die Stadt Grišino im Donezbecken zurückerobern konnten, ließen sie - laut Angaben des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD - alle Einheimischen, die bei deutschen Dienststellen beschäftigt waren sowie alle wehrfähigen Männer, die dem Einberufungsbefehl nicht gefolgt waren, erschießen. Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 54 vom 14. Mai 1943, in: BA Berlin, R 58, 224, Bl. 172.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

gedroht: Im März 1943 hatte der Inspekteur des Sondereinsatzes „Iwan" in Dnipropetrovs'k bei der Suche nach Arbeitskräften für Schanzarbeiten Handzettel folgenden Inhalts an die Bevölkerung verteilen lassen: „Am 1.3.1943 um 6:00 Uhr früh haben Sie sich bei der Eisenbahnüberführung an der Straße, die nach Krivoj-Rog führt, zur Arbeit einzufinden. Nichtausführung dieses Befehls wird mit dem Tode bestraft. Bei Nichtbefolgung dieses Befehls oder Fluchtversuch werden ersatzweise die Angehörigen mit dem Tode bestraft."[69]

IV. Stadt-Land-Gegensätze

Die konkreten Bedingungen des Arbeitseinsatzes waren in den besetzten Gebieten – ebenso wie beim Reichseinsatz – für die Sowjetbürger durchaus unterschiedlich und von vielfältigen Faktoren abhängig. Auffällig ist dabei zunächst ein starker Stadt-Land-Gegensatz. Das deutsche Besatzungsregime in der Ukraine zeichnete sich dadurch aus, dass es die Landbevölkerung gegenüber der Stadtbevölkerung im Hinblick auf den Zugang zu Nahrungsmitteln deutlich bevorteilte. Die zentrale Planung war sich bewusst, dass für den Erfolg der landwirtschaftlichen Produktion vor allem der gute Wille der Bevölkerung zur Mitarbeit entscheidend war. Dahinter stand die Einsicht, dass „man nicht hinter jedem Pflug einen Polizisten laufen lassen kann".[70]

Die „Hungerpolitik" gegenüber der Stadtbevölkerung führte in den ersten Besatzungsmonaten zu enormen Bevölkerungsverlusten in den Großstädten. In Kiev und Char'kiv nahm die Bevölkerung im ersten Besatzungsjahr um etwa 60 Prozent ab; in Dnipropetrovs'k um über die Hälfte. Bis 1943 hatte sich die Stadtbevölkerung von Kiev dann nochmals halbiert und war in Char'kiv um weitere 40 Prozent zurückgegangen. In Stalino machte die Bevölkerung am Ende der Besatzungszeit nur noch knapp ein Drittel der Vorkriegsbevölkerung aus, in Zaporižžja etwa 40 Prozent (siehe Tabelle 2). Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Zahlen nicht nur die Bevölkerungsverluste unter der deutschen Besatzung widerspiegeln, sondern auch vorherige Verschiebungen durch die Einziehung der männlichen Bevölkerung zum Wehrdienst oder durch Evakuierungen und individuelle Fluchten enthalten. Die starke Abnahme der Stadtbevölkerung unter der Besatzung[71] war zum einen auf eine massenhafte Abwanderung aufs Land zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die Reichswerbungen und auf den Tod Hunderttausender durch Hunger oder physische Gewalt.

Den Wirtschaftsdienststellen war die Abwanderung der Stadtbevölkerung aufs Land zwar ein Dorn im Auge, sie tolerierten sie aber zunächst vielerorts aus pragmatischen Überlegungen.[72] Die massenhafte Abwanderung aufs Land als Überlebensstrategie zeugt zum einen von einer großen Mobilität der Bevölkerung, zum anderen aber auch davon, dass viele offenbar noch Kontakte zur Landbevölkerung besaßen, was es ihnen ermöglichte dort „Unterschlupf" zu finden. Betrachtet man die Entwicklung der ukrainischen Städte über einen längeren, über die Besatzungszeit hinausgehenden Zeitraum, wird dieses Phänomen verständlicher. Denn ein Großteil der Stadtbevölkerung war erst seit der forcierten Industrialisierung im Rahmen des ersten Fünfjahrplans (1929-1933) vom Lande zugewandert. So erfuhren die Städte Kiev, Char'kiv und

69 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 54 vom 14. Mai 1943, in: BA Berlin, R58, 224, Bl. 179.

70 Vgl. Programm für die Ostbesprechung unter Vorsitz des Reichsmarschalls (undatiert), in: RGVA, F. 700, Op. 1, D. 49, Bl. 64 sowie Vermerk der Geschäftsgruppe Ernährung beim Beauftragten für den Vierjahresplan vom 27. November 1942, in: ebd., Bl. 69-70.

71 Von den knapp 465.000 Einwohnern der Stadt Stalino hatten nach offiziellen Angaben der einheimischen Stadtverwaltung nur 65.000 Menschen beim Einmarsch der Deutschen die Stadt verlassen. Vgl. Doneckij Vestnik, 15. November 1941.

72 BA-MA, RW 31, 243, Bl. 158-162.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Dnipropetrovsk im Zeitraum zwischen 1926 und 1939 eine Bevölkerungszunahme um 40 bis 50 Prozent, die Städte Stalino und Zaporižžja sogar um etwa 80 Prozent (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Die Bevölkerungsentwicklung in den größten ukrainischen Städten 1926-1943[73]

Jahr	Kiev	Char'kiv	Dnipropetrovs'k	Stalino	Zaporižžja
1926	513.637	417.342	232.925	105.857	55.744
1939	847.000	832.913	500.662	462.395	289.188
1942	352.139	329.144	233.200		
1943	180.000	200.000		148.507	120.000

Insgesamt erhöhte sich der Anteil der Stadtbewohner in der Sowjetunion im gleichen Zeitraum von 18 auf 33 Prozent. Dabei speiste sich die Expansion der Städte vor allem aus der Binnenwanderung und nur zum kleineren Teil aus dem natürlichen Wachstum. Nicht wenige der neuen Arbeitskräfte, die vom Land in die Stadt kamen (und nicht selten zwangsrekrutiert worden waren), hatten bis 1939 ihr „dörfliches Gesicht" noch bewahrt.[74] Vor diesem Hintergrund erscheint die Stadt-Land-Wanderung der Besatzungszeit als Umkehr der sowjetischen Migrationsbewegung der 1930er Jahre und die anfängliche De-Industrialisierung unter deutscher Herrschaft als Umkehr der sowjetischen Industrialisierung.

V. Überleben auf dem Land

Der bessere Zugang der Landbevölkerung zu Nahrungsmitteln war vor allem auf die Vergrößerung des privaten Gartenlandes, das bereits zu Sowjetzeiten die Hauptexistenzquelle vieler Bauern darstellte, und des privaten Viehbesitzes zurückzuführen.[75] Hinzu kam, dass die Kontrollmöglichkeiten der Besatzungsorgane in den ländlichen Gebieten viel geringer waren und sich zahlreiche Möglichkeiten boten sich den offiziellen Ablieferauflagen zu entziehen. Das dünne Netz deutscher Landwirtschaftsführer reichte kaum aus, um die riesigen Gebiete zu kontrollieren, zumal ein Großteil der Straßen in den Herbst- und Wintermonaten für Kraftwagen nicht passierbar war.[76] Bis zum Sommer 1942 waren in den besetzten Ostgebieten 3.729 Staatsgüter, 43.000 Kolchosen und ca. 1,8 Millionen Einzelwirtschaften in Betrieb gesetzt worden, in denen knapp 21 Millionen einheimische Arbeitskräfte beschäftigt waren. Sie wurden von nur etwa 12.000 deutschen Beamten und Landwirtschaftsführern überwacht.[77]

Zudem profitierte die Landbevölkerung vom Tauschhandel mit der Stadtbevölkerung. Die landwirtschaftlichen Waren konnten zu ungewöhnlich hohen Preisen oder im Tausch gegen Ge-

73 Als weitere Großstadt mit über 600.000 Einwohnern vor Kriegsbeginn wäre Odessa zu nennen, das jedoch unter rumänischer Besatzung stand. Vgl. *N.G. Bohatiuk*, The economy of Kiev under foreign conquerors, 1941-1944. A socio-economic Survey, in: The Ukrainian Quarterly 42 (1986), S. 35-58; Staatliches Gebietsarchiv Char'kiv (ChOGA), F. R-2982, Op. 1, D. 231, Bl. 1-25; *A. Skorobohatov*, Charkivs'ke Mis'ke Samovrjaduvannja v 1941-1943 rokach, in: Berezil' H. 7-8 (1996), S. 139-162; H. 9-10 (1996), S. 145-164; BA-MA, RW 31, 477; Dnipropetrovs'ka Hazeta, 6. Januar 1942, S. 2; *S.L. Guthier*, Ukrainian Cities during the Revolution and the Interwar Era, in: *I.L. Rudnytsky (Hg.)*, Rethinking Ukrainian History, Edmonton 1981, S. 156-179, hier S. 169.

74 Vgl. *M. Hildermeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates. München 1998, S. 512-526.

75 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's Clean Slate, S. 93-143; Erlaß des RKU zu den Richtlinien für die Entlohnung der auf Staatsgütern beschäftigten ständigen landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen vom 7. Mai 1942, in: Zentralblatt RKU (1942), S. 60-62, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 45, Bl. 36-37.

76 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 86 vom 17. September 1941, in: BA Berlin, R 58, 217, Bl. 120.

77 Vgl. RGVA, F. 700, Op. 1, D. 49, Bl. 9.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

brauchsgüter unter der Hand an die hungernden Stadtbewohner verkauft werden. Aber auch deutsche Dienststellen der Wehrmacht oder der Zivilverwaltung kauften, unter Umgehung der zuständigen Ernährungsabteilungen, Lebensmittel zu vergleichsweise hohen Preisen direkt bei der Landbevölkerung ein.[78] Neben der Hoffnung auf die Abschaffung der Kollektivwirtschaft und die Wiedereinführung des Privatbesitzes förderte auch dies die allgemeine Stimmung und Arbeitsmotivation der Landbevölkerung.[79] So konstatierte der Chef der Sicherheitspolizei und des SD in seiner Ereignismeldung vom Dezember 1941: „Stadt und Land verglichen ergibt sich immer wieder aus den Meldungen, dass die Stimmung unter der Landbevölkerung bedeutend zuversichtlicher ist als die der Stadtbevölkerung. Hier wirken im Besonderen die Sorge um Obdach und Ernährung stimmungsdrückend."[80] Ein Jahr später berichtete der Chef der Sicherheitspolizei und des SD über die Lage und Stimmung im RKU: „Die Ernährungssorgen der Bevölkerung gelten insbesondere für die Städte, während dies auf dem Lande nicht in demselben Masse der Fall ist."[81] Die Hoffnungen der Landbevölkerung auf Privatisierung des Landbesitzes, die sich an die im Februar 1942 von den Deutschen verkündete „neue Agrarordnung" knüpften, wurden jedoch enttäuscht. Nur ein sehr kleiner Teil der Kolchosen – im RKU bis August 1943 etwa 17 Prozent – wurde tatsächlich aufgelöst und in so genannte „Landbaugenossenschaften", als angeblicher Vorstufe zum Privatbesitz, umgewandelt.[82]

Wie Karel Berkhoff gezeigt hat, verfügte der Großteil der ukrainischen Bauern unter der Besatzung im Durchschnitt – mit regionalen und lokalen Unterschieden – über mehr Lebensmittel als in der sowjetischen Vorkriegszeit, was vor allem auf die extreme Armut unter der Sowjetherrschaft hinweist.[83] Im kollektiven Gedächtnis vieler Bauern war die Erinnerung an die große Hungersnot von 1932/33, die in engem Zusammenhang mit der 1929 einsetzenden und mit brutalen Mitteln durchgeführten Zwangskollektivierung der Landwirtschaft stand und in der Ukraine insgesamt zwischen vier und sechs Millionen Tote gefordert hatte, noch sehr präsent. Die Opfer kamen zum größten Teil aus der Landbevölkerung, da die Sowjetregierung trotz Missernten die Ablieferungsquoten der Kolchosen nicht verminderte, um primär die Versorgung der Städte und Industriearbeiter sowie die für die Finanzierung der Industrialisierung notwendigen Getreideexporte sicherzustellen.[84] Vor diesem Hintergrund erscheint die NS-Hungerpolitik, die sich vor allem gegen die Stadtbevölkerung richtete, wie eine Umkehr der Verhältnisse und der gesellschaftlichen Hierarchien. Spannungen zwischen Stadt- und Landbevölkerung waren durch diese Politik programmiert und wurden von der deutschen Seite mit Wohlwollen registriert,

78 Vgl. den Runderlaß über „unerlaubte Lebensmitteleinkäufe" vom 10. Juni 1942, in: Zentralblatt des Reichskommissars für die Ukraine (1942), S. 142-143.

79 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 132 vom 12. November 1941, in: BA Berlin, R 58, 218, Bl. 89; Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 22 vom 25. September 1942, in: ebd., R 58, 222, Bl. 118.

80 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 144 vom 10. Dezember 1941, in: ebd., R 58, 219, Bl. 277.

81 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 32 vom 4. Dezember 1942, in: ebd., R 58, 699, Bl. 126.

82 Vgl. Zur Agrarreform ausführlich *T.P. Mulligan*, The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942-1943. New York 1988, S. 93-105.

83 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's clean slate, S. 93-143.

84 Vgl. *A. Kappeler*, Kleine Geschichte der Ukraine. München 1994, S. 200. Für die jüngste Forschungsdiskussion darüber, ob die Hungersnot von der Sowjetregierung gesteuert wurde vgl. *M. Tauger*, Natural Disaster and Human Actions in the Soviet Famine of 1931-1933, in: Carl Beck Papers in Russian and East European Studies No. 1506, Juni 2001 sowie weitere Artikel des Autors und demnächst *R.W. Davies/S.G. Wheatcroft*, The Years of Hunger: Soviet Agriculture, 1931-1933, Palgrave 2004.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

weil es für die deutsche Seite nur von Vorteil war, „wenn die verschiedenen Bevölkerungsteile sich für den unausbleiblichen Hunger in der Zukunft gegenseitig für verantwortlich halten".[85]

Vorteile besaß die Landbevölkerung auch, wenn es um die Rekrutierung der Arbeitskräfte für den Reichseinsatz ging, bei der laut Anweisung des Wirtschaftsstabes Ost zunächst vorrangig auf die Stadtbevölkerung zurückgegriffen werden sollte.[86] Im Hinblick auf ihre sonstigen Arbeitsbedingungen war die Landbevölkerung allerdings wenig besser gestellt als die Stadtbevölkerung: Bei „Arbeitsunwilligkeit" drohten ihr in gleicher Weise Prügel, Geldstrafen oder mehrere Wochen Arbeitslager.

VI. Arbeiten in der Stadt

In den größeren Städten versuchte die Bevölkerung angesichts von zunächst gar keinen oder ganz geringen Lebensmittelzuteilungen (300g Brot pro Kopf der arbeitenden Bevölkerung)[87] ihr Überleben durch Tauschgeschäfte mit der Landbevölkerung zu sichern. Ein beachtlicher Teil der Bevölkerung wurde durch diese „Hamsterfahrten", bei denen sie manchmal mehrere hundert Kilometer zu Fuß zurücklegte, in Bewegung gehalten. So erinnert sich Alexandra Pronjakina an die Besatzungszeit im Donbass: „Die Leute marschierten wie auf einer Demonstration, einer hinter dem anderen mit ihren Wägelchen die lange Hauptstraße entlang. Die Bauern hatten schon die Nase voll von uns, besonders die die direkt an der Straße wohnten, wenn da so eine Armee kam und bat: ‚Gebt uns Brot! Gebt uns Wasser zu Trinken!'"[88] Zudem entstanden vielerorts in den Städten Schwarzmärkte, die für geschickte Händler aus der einheimischen Bevölkerung ebenso wie für die deutschen Besatzer eine lukrative Erwerbsquelle darstellten. So war es beispielsweise möglich, in wenigen Tagen auf dem Lande vier Liter Öl zum Preis von 800 Rubel aufzukaufen und dieses Öl dann in der Stadt für 2.400 Rubel wieder zu verkaufen. Der Gewinn in Höhe von 1.600 Rubeln war mehr als das Vierfache eines durchschnittlichen Monatseinkommens eines Arbeitenden.[89]

Zur Sicherung der Schleusengewinne war in den besetzten Ostgebieten zu Beginn der Besatzung ein allgemeiner Preis- und Lohnstopp auf dem Niveau der sowjetischen Vorkriegszeit verordnet worden.[90] Dadurch entstanden vielerorts drei verschiedene Preisniveaus: Erstens die sehr niedrigen Preise für die (Zwangs-) Lieferungen an die Wehrmacht und ins Reich, zweitens die amtlichen Festpreise, zu denen die Zivilbevölkerung aber nur in sehr begrenztem Ausmaß Lebensmittel beziehen konnte, und drittens die Schwarzmarktpreise.[91] Dazu ein Beispiel: Die

85 Vgl. dazu Der Angriff auf die Sowjetunion, S. 1005 sowie für den Donbass Lagebericht der WiS vom März 1942, wo auf die „Benachteiligung des Städters" eingegangen wird, in: BA-MA, RW 31, 431.

86 Vgl. Archiv des US Holocaust Memorial Museum (USHMM), RG 31.010M, reel 20; RGVA, F. 700, Op. 1, D. 44, Bl. 16.

87 Vgl. Bericht des Sonderbeauftragten für Bergbau über den Kohlenbergbau im Donezgebiet vom 1. Dezember 1941, in: BA-MA, RW 31/409.

88 Interview mit Alexandra Pronjakina 2002 in Donec'k.

89 Vgl. Lagebericht des Wirtschaftskommandos Vorošilovgrad vom 22. Dezember 1942, in: NARA, T-77, roll 1153.

90 Vgl. „Grüne Mappe", Teil I, S. 26, in: BA Berlin, R 26 IV, 33a. Angesichts der großen regionalen und lokalen Unterschiede in den besetzten Ostgebieten, setzte sich dann aber die Einsicht durch, dass die Regelung der Preis- und Lohnverhältnisse individuell durch die lokalen Besatzungsorgane erfolgen sollte, wobei weiterhin der Grundsatz, das Preis- und Lohnniveau so niedrig wie möglich zu halten, gelten sollte. Vgl. „Grüne Mappe", Teil II, S. 103, in: ebd., R 26 IV, 33b.

91 Vgl. KTB der WiS vom 20. Dezember 1942, in: NARA, T 77, 1104.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Wehrmacht zahlte für ein kg Weizenmehl offiziell 2 Rubel an die Erzeuger[92], während der amtliche Festpreis für ein kg Weizenmehl im Mai 1942 geringfügig höher bei 2,10 Rubel lag und der Schwarzmarktpreis 90 Rubel betrug.[93]

Die Schwarzmarktpreise überstiegen die amtlichen Preise in der Regel um das zehn- bis dreißigfache, wobei – laut Angaben der Besatzungsbehörden – eine überraschende Preisgleichheit im gesamten Ostgebiet festzustellen war.[94] Die horrenden Preise auf den Schwarzmärkten standen in keinem Verhältnis zu den Löhnen: Gemessen an den herrschenden Schwarzmarktpreisen entsprach das monatliche Lohneinkommen eines Arbeiters im März 1942 innerhalb der WiS einer Kaufkraft im Reich von etwa fünf Reichsmark. Rechnete man die geringen Lebensmittelzuteilungen, die zu amtlichen Festpreisen abgegeben wurden, hinzu, so kam man auf eine Kaufkraft von zehn Reichsmark.[95] Ein konkretes Beispiel verdeutlicht dies: Im Juli 1943 betrug der durchschnittliche Monatslohn eines Bergmanns im Donbass (einschließlich der ausgegebenen Naturalien) 347 Rubel (35 RM), wovon noch 10 Prozent Lohnsteuern abgingen.[96] Zum gleichen Zeitpunkt lag der niedrigste Preis auf dem Schwarzmarkt für ein kg Brot bei 75 Rubel, für einen Liter Milch bei 35 Rubel, für zehn Eier bei 120 Rubel und für ein kg Butter bei 500 Rubel.[97]

Die Versorgung über Schwarzmärkte war dabei für die Sowjetbürger keine neue Erfahrung der Besatzungszeit, sondern gehörte für große Teile der nicht-privilegierten Bevölkerung seit Jahren zum Alltag. Das Warenangebot zu amtlichen Festpreisen hatte in der Sowjetunion nicht ausgereicht, um den Gesamtbedarf der Bevölkerung abzudecken, und viele waren darauf angewiesen, sich auf Schwarzmärkten zu versorgen, wobei das Preis-Lohn-Verhältnis auf den sowjetischen Schwarzmärkten für die Käufer natürlich wesentlich günstiger gewesen war als unter der deutschen Besatzung.[98]

Von den deutschen Besatzungsorganen wurden die Schwarzmärkte überwiegend geduldet. Zum einen aus der pragmatischen Überlegung heraus, dass angesichts des Mangels an Überwachungspersonal die praktische Durchführung der Preisstopverordnung „weder kontrolliert noch gewährleistet werden kann".[99] Zum anderen profitierten die deutschen Besatzer aber auch direkt von dem Schwarzhandel. So stellte die Prüfstelle der deutschen Dienstpost nach der Aus-

92 Die Bezahlung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die Kolchosen und Sowchosen erfolgte proforma in Form von Reichskreditkassenscheinen und Empfangsbescheinigungen, die aber nur „soweit die Aufrechterhaltung des Betriebes dies erforderlich macht" (zum Beispiel zur Auszahlung der Löhne) in Bargeld einzulösen waren und defacto „in Zahlungsmittelform gekleidete Requisitionsscheine" waren. Vgl. „Grüne Mappe", Teil I, S. 19-20, in: BA Berlin, R 26 IV, 33a und *D. Eichholtz*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Bd. III, Teil 2, S. 725.

93 Vgl. „Grüne Mappe", Teil I, S. 26, in: BA Berlin, R 26 IV, 33a; Dnipropetrovs'ka Hazeta, 23. Mai 1942, S. 4; BA-MA, RW 31, 262.

94 Vgl. KTB der WiS vom 21. Dezember 1942, in: NARA, T 77, 1104.

95 Lagebericht der WiS von März 1942, in: BA-MA, RW 31, 431.

96 Die Ingenieure und Markscheider wurden nach festen Angestelltengehältern bezahlt. Ein Oberingenieur oder Trestmarkscheider konnte monatlich zwischen 1.000 und 1.200 Rubel verdienen, ein einfacher Ingenieur oder Grubenmarkscheider zwischen 700 und 1.000 Rubel. Zum Vergleich: Vor Kriegsbeginn 1941 betrug der durchschnittliche Lohn eines sowjetischen Industriearbeiters 361 Rubel, der eines Ingenieurs oder Technikers 756 Rubel. Vgl. DADO, F. R-1622, Op. 1, D. 1, Bl. 24-26; F. R-1611, Op. 1, D. 15, Bl. 2-42; BA-MA, RW 31, 262.

97 Vgl. Doneckij Vestnik, 8. August 1943, S. 4.

98 Vgl. *S. Fitzpatrick*, Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930s. Oxford, N.Y. 1999, S. 54-66.

99 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. März 1942, in: BA Berlin, R 58, 221, Bl. 184 sowie mit ähnlicher Aussage der geheime Lagebericht des Heeresgebietes Süd, Abteilung VII vom März 1942, in: NARA, T-454, roll 13, Bl. 1520.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

wertung von mehreren tausend Briefen in einem Bericht fest, dass sich ein Großteil der in der Ukraine eingesetzten Deutschen mit Warenschiebereien beschäftigte, die „an den Handel mit Negerstämmen und Tausch von Glasperlen gegen Elfenbein" erinnerten. Dabei variierten die Größenordnungen. Sie reichten von privaten Lebensmitteleinkäufen der Wehrmachtssoldaten und dem Verschicken von Nahrungsmittelpaketen an die Angehörigen im Reich bis hin zum Verschieben ganzer Eisenbahnwaggonladungen. Nicht wenige Deutsche sahen in der Ukraine ein „Schieberparadies", „wo das Geld auf der Straße liege und man sich in kürzester Zeit Vermögen erwerben könne".[100]

Im Gegensatz zu den Preisen wurden die Arbeitslöhne über den gesamten Besatzungszeitraum tatsächlich weitgehend auf dem Niveau der sowjetischen Vorkriegstarife gehalten.[101] „Der Russeneinsatz darf unter keinen Umständen das Lohnproblem im Ostraum präjudizieren. Jede finanzielle Maßnahme auf diesem Gebiet hat davon auszugehen, dass niedrigste Löhne im Osten – nach einer ausdrücklichen Führerweisung – eine Voraussetzung für den Kriegskostenausgleich und die Kriegsschuldenbereinigung des Reichs nach Kriegsende sind,"[102] lautete die entsprechende Vorgabe Görings. Angesichts der Höhe der Schwarzmarktpreise waren die Löhne – wie zahlreiche Berichte von deutschen Besatzungsstellen belegen – für das Bestreiten des Lebensunterhaltes der Arbeiter nahezu bedeutungslos. Im RKU betrug der Monatslohn für ungelernte Arbeitskräfte etwa 216 Rubel bei einem Bruttostundenlohn von einem Rubel[103] und für Meister etwa 540 Rubel bei einem Bruttostundenlohn von 2,50 Rubel. Leistungszulagen von bis zu 50 Prozent waren möglich, ebenso auch Lohnabzüge bei Minderleistung. Volksdeutsche erhielten einen Zuschlag von 50 Prozent, während Juden 20 Prozent vom Lohn abgezogen wurde. Für die Verpflegung wurden vom Lohn täglich drei bis sechs Rubel einbehalten.[104] Die Bezüge der deutschen Arbeitskräfte, die aus dem Reich in die Ukraine kamen, waren selbst bei den gering qualifizierten Kräften mindestens zehnmal so hoch wie die der Einheimischen.[105]

Nicht selten wurden offizielle Lohnvorgaben bei den einheimischen Arbeitskräften sogar noch unterschritten.[106] So arbeiteten beispielsweise die Arbeiter in der Bergbausiedlung Gorlovka im Donbass über mehrere Monate ganz unentgeltlich, nur für die Verpflegungsrationen. Erst als auch diese Verpflegung zeitweilig eingestellt wurde, legte ein Teil der Arbeiter die Arbeit nieder, was laut Bericht der Besatzungsorgane nicht als Protest aufzufassen, sondern auf tatsächliche physische Entkräftung zurückzuführen war.[107]

---

100 CDAVOU, F. 3206, Op. 3, D. 18, Bl. 37-42.

101 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 34 vom 18. Dezember 1942, in: BA Berlin, R 58, 699, Bl. 216.

102 Richtlinien des Reichsmarschalls für den Arbeitseinsatz von Sowjetrussen, in: RGVA, F. 1358, Op. 4, D. 1, Bl. 85-86.

103 Im Juli 1942 wurde im RKU eine neue ukrainische Währung, der Karbovanec eingeführt. Das offizielle Umtauschverhältnis zum Rubel war 1:1. Vgl. Verordnungen zur Währung im RKU, in: BA Berlin, R 6, 70.

104 Vgl. Anordnung zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewerblicher Arbeitskräfte im RKU, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 55, Bl. 1. Im Operationsgebiet wurde im Februar 1943 eine leicht modifizierte Lohnverordnung vom OKH erlassen, die etwas mehr Elemente von Leistungszulagen beinhaltete, die Lohnsätze jedoch im Wesentlichen beibehielt. Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, S. 529-534.

105 So verdiente ein deutscher Hauer, der im Donezbecken als Aufsichtskraft eingesetzt war, ein altersabhängiges Grundgehalt zwischen 350 und 450 Reichsmark, während sein sowjetischer Berufskollege umgerechnet monatlich weniger als 35 Reichsmark erhielt. Vgl. Anlage zum Gehaltsrahmen der BHO, in: Bergbauarchiv Bochum, 20, 241.

106 Vgl. Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 10. Juli 1942, S. 45-46, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 45, Bl. 27-29.

107 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten vom 18. September 1942, in: BA Berlin, R 58, 222, Bl. 79.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Die Verpflegung der Arbeitskräfte erfolgte zunehmend über Werksküchen.[108] Im Juli 1942 hatte der RKU in einem Runderlass dazu aufgefordert, die Einrichtung von Werksküchen, insbesondere in den kriegswichtigen Betrieben, mit allen Mitteln zu fördern. Darin hieß es: „Die Werksküche dient zur Erhaltung und Leistungssteigerung der Arbeitskräfte, verhindert, dass Gefolgschaftsmitglieder Zeit unnötig zum Anschaffen von Lebensmitteln verwenden müssen und steuert bei begrenzt zugeteilten Gütern deren zweckmäßigsten Verbrauch. Die Werksküche ist zur Zeit ein entscheidendes lohnpolitisches Instrument."[109] Es wurde sogar angestrebt, nicht nur die Mahlzeiten im Betrieb, sondern die gesamte Verpflegung der Arbeiter und ihrer Angehörigen über Marketendereien in den Betrieben zu organisieren.

Für die Festlegung der Verpflegungsmengen galt seit November 1941 die Anordnung des Wirtschaftsstabes Ost, die Rationshöchstsätze für verschiedene Gruppen der städtischen Bevölkerung – nicht arbeitende, nützliche Arbeit leistende und dauernd schwere körperliche Arbeit leistende Personen – angab. Abgesehen davon, dass die tatsächliche Ausgabe dieser Rationen an die Bedingung geknüpft war, dass zuvor die Bedarfsdeckung der Wehrmacht und der deutschen Behörden gesichert sowie die Lieferauflagen ins Reich erfüllt waren, lagen die Verpflegungssätze für die Bevölkerung in den besetzten Gebieten deutlich niedriger als die der „Ostarbeiter" im Reich.[110] So bekam ein sowjetischer Schwerarbeiter, der gegenüber anderen Arbeitskräften schon erhöhte Rationen erhielt, im besetzten Gebiet im Sommer 1942 nur etwa die Hälfte der Verpflegung eines sowjetischen Schwerarbeiters im Reich.[111]

Insgesamt waren die einheimischen Arbeitskräfte am Arbeitsplatz weitgehend rechtlos und konnten auch nicht kündigen. Taten sie dies, so drohten ihnen laut einer Verordnung des Reichskommissars Ukraine gegen Arbeitsvertragsbruch vom Dezember 1942 Gefängnis- oder Geldstrafen.[112] Auch das Prügeln der Arbeitskräfte durch die deutschen Aufseher war offenbar sehr verbreitet.[113] Häufig besaßen die Industriearbeiter weder Arbeitskleidung noch Schuhwerk, und ihr Gesundheitszustand galt beispielsweise bei den Bergarbeitern als allgemein schlecht.[114]

Eine leichte Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeitskräfte trat ein, als sich seit Herbst 1942 zunehmend ein allgemeiner Arbeitskräftemangel, insbesondere an Facharbeitern, bemerkbar machte und die Wirtschaftsbehörden vor die unlösbare Aufgabe stellte, innerhalb kürzester Zeit zum einen den lokalen Sofortbedarf an Arbeitskräften zu decken sowie zum anderen die nach wie vor hohen Auflagen für den Reichseinsatz zu erfüllen. Die „Erhaltung und Vermehrung der Arbeitskraft" wurde nun für die Besatzungsbehörden zur vorrangigen Parole.[115] Sie beinhaltete eine allgemeine Erhöhung der Arbeitszeit von 48 auf 54 Wochenstunden und in vielen Betrieben die Einführung von Akkordarbeit und Leistungsprämien in Form von zusätzli-

108 Vgl. Fußnote 32.

109 Vgl. Zentralblatt RKU (1942), S. 194-195, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 46, Bl. 101-102. Auch das Oberkommando der Wehrmacht machte sich bereits im Sommer 1941 Gedanken über die Vorteile der Werksküchen. Vgl. RGVA, F. 1458, Op. 40, D. 221, Bl. 118-119.

110 Vgl. „Grüne Mappe", Teil I, S. 202-206, in: BA, R 26 IV, 33a.

111 Vgl. Schreiben der Chefgruppe Donezbergbau an den Wirtschaftsstab Ost vom 19. Juni 1942, in: BA Berlin, R 3101, 31156.

112 Vgl. Verordnung gegen Arbeitsvertragsbruch, Abwerbung und Lohnüberforderung vom 20. Dezember 1942, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 51, Bl. 141.

113 Vgl. zu Char'kiv: CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 124, Bl. 56; zum Donbass-Bergbau: Archiv des Sicherheitsdienstes der Ukraine im Gebiet Donec'k (ASBUDO), F. 1, D. 6634; D. 42341.

114 BA-MA, RW 31, 477; NI 4332.

115 BA-MA, RW 31, 418, 434.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

chen Lebensmittelzuteilungen oder auch Freizeitprämien (z.B. für Überlandfahrten).[116] Eine Verbesserung der Versorgungslage der Arbeiter wurde vor allem durch umfangreiche Zuweisungen von privatem Gartenland erreicht.[117]

Auch auf alte sowjetische Methoden der Leistungssteigerung wurde beispielsweise im Bergbau – mit überwiegend gutem Erfolg – zurückgegriffen.[118] „Es hat sich überhaupt gezeigt, dass die Betriebsführer, die sich mit den Vorkriegsverhältnissen in den Betrieben und den von den Sowjets angewandten Methoden am meisten befasst haben, am besten mit ihrer Arbeiterschaft den für eine ersprießliche Arbeit erforderlichen Kontakt bekommen"[119] berichtete die WiS im Mai 1943. Angeblich hatten die Maßnahmen in kurzer Zeit erhebliche Leistungssteigerungen der Arbeitskräfte von z.T. 100 bis 200 Prozent zur Folge.[120]

Einen in mehrfacher Hinsicht privilegierten Arbeitsplatz bot die Anstellung bei deutschen Dienststellen oder bei einheimischen Verwaltungsorganen. Laut Verordnung des RKU betrugen die monatlichen Gehälter der Angestellten hier zwischen 1.200 Rubel für Bürgermeister und andere Abteilungsleiter in den einheimischen Verwaltungsorganen und 280 Rubel beispielsweise für Boten und Hausdiener. Entsprechend der Berufserfahrung oder auch der politischen Zuverlässigkeit waren Leistungszulagen von bis zu 50 Prozent möglich.[121] Vermutlich lagen die tatsächlich ausgezahlten Löhne nicht selten weit über den offiziellen Tarifen. So verdiente der Bürgermeister der Kleinstadt Cherson 2.000 Rubel monatlich.[122]Aus Char'kiv, das unter Militärverwaltung stand, ist überliefert, dass der Oberbürgermeister 5.000 Rubel monatlich, die leitenden Angestellten zwischen 1.500 und 3.500 Rubel und die Sekretäre, Buchhalter und Inspektoren zwischen 600 und 1.200 Rubel verdienten. Selbst die niedrigsten Angestellten verfügten über ein Monatsgehalt von 300 Rubel, während der durchschnittliche Brutto-Monatsverdienst der Bergleute im Donbass 347 Rubel betrug.[123] Daneben existierten beim Lohnniveau auch regionale Unterschiede: Am niedrigsten war es im RKU, in den Gebieten unter Militärverwaltung etwas höher und am höchsten – laut deutschen Angaben – im Generalbezirk Weißruthenien.[124]

Viel entscheidender als der Lohn aber war die Versorgungslage. Arbeitskräfte im Wehrmachtsgefolge ließ man – sehr zum Unwillen der Wirtschaftsdienststellen – entgegen der festgelegten Höchstsätze häufig an der Truppenverpflegung teilnehmen.[125] Das Gleiche galt für die einheimischen Hilfspolizisten, die vielfach die gleichen Lebensmittelrationen wie die deutschen Militärangehörigen erhielten. Auch die Lebensmittelverpflegung der Mitarbeiter der einheimischen Verwaltungen war nicht selten wesentlich besser als bei anderen Arbeitskräften. In Stalino beispielsweise kam es zu Konflikten, weil die Mitarbeiter der Stadtverwaltung wesentlich mehr Lebensmittel erhielten als die Bergleute im Steinkohlenbergbau.[126] Die Stadtverwaltung Stalino unterhielt sogar als Pächter mehrere Kleinbergwerke, um ihre Mitarbeiter im Winter mit

116 Vgl. Verordnung zur Förderung der Leistungssteigerung vom 20. Dezember 1942, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 51, Bl. 142-143; Brief des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 27. Mai 1943 über Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung, in: NARA, T 459, roll 19, Bl. 571-582.

117 BA-MA, RW 31, 423.

118 BA-MA, RW 31, 424.

119 BA-MA, RW 31, 477, Bl. 71.

120 Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, S. 313.

121 Vgl. Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 10. Juli 1942, S. 46-50.

122 Vgl. CDAVOU, F. 3206, Op. 2, D. 26, Bl. 43-47.

123 Vgl. USHMM, RG 31.010M, reel 1; BA-MA, RW 31, 441.

124 NARA, T 454, roll 38, Bl. 587.

125 BA-MA, RW 31, 408, Bl. 52, KTB Nr. 1 der WiS vom 4.12.41.

126 Vgl. Ereignismeldung UdSSR Nr. 187 vom 30. März 1942, in: BA Berlin, R 58, 221, Bl. 184.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Kohle versorgen zu können.[127] Zudem ermöglichte es die – wenngleich begrenzte – Machtposition einigen Verwaltungsangestellten von ihren Mitbürgern „Tribute" zu erpressen – eine Praxis, die offenbar weit verbreitet war.[128] Die Attraktivität des Arbeitsplatzes führte dazu, dass ein Großteil der einheimischen Verwaltungen – nach Ansicht der deutschen Besatzungsorgane – mit Personal überbesetzt waren.[129] Ähnliche Privilegien besaßen auch die leitenden Angestellten der gewerblichen Betriebe.[130]

Noch besser gestellt als die Angestellten der öffentlichen Verwaltung waren unter den Stadtbewohnern die Selbständigen des Privatsektors: Restaurantbesitzer, Handwerker, Friseure, Fotographen oder Ärzte besaßen vergleichsweise gute Verdienstmöglichkeiten und damit auch einen privilegierten Zugang zu Lebensmitteln, insbesondere wenn sie sich auf die Bedürfnisse der deutschen Besatzer einstellten.[131] So gab es im Oktober 1942 in Stalino, das zum Operationsgebiet der Wehrmacht gehörte, bei knapp 150.000 Einwohnern 627 Schuster, 165 Schneider, 140 Schlossereien, 75 Friseure und 50 Foto-Ateliers.[132] Die Zulassung selbständiger Betriebe erfolgte auf dem Wege eines Begutachtungsverfahrens zunächst durch die zuständige einheimische Verwaltung und im Anschluss durch das übergeordnete deutsche Besatzungsorgan.[133] Das Verfahren war nicht einfach und vermutlich auf vielfache Weise korrumpierbar.

VII. Frauenarbeit

Als männliche Arbeitskräfte immer weniger verfügbar waren, gewann der Arbeitseinsatz von Frauen zunehmende Bedeutung. Daher ordnete der Reichskommissar Ukraine im August 1943 den verstärkten Einsatz weiblicher Arbeitskräfte an. Alle Frauen im Alter zwischen 16 und 55 Jahren sollten durch die Arbeitsbehörden erfasst werden. Selbst Mütter von kleinen Kindern wurden davon nicht befreit.[134] Um Mütter als Arbeitskräfte freizustellen, wurden seit dem Frühjahr 1943 verstärkt Kindergärten eingerichtet.[135] Im Operationsgebiet erfolgte im April 1943 eine Totalaushebung aller Frauen der Geburtsjahrgänge 1924 und 1925 zur Deportation ins Reich.[136]

Frauen stellten nicht nur mehr als die Hälfte der deportierten „Ostarbeiter"[137], sondern wurden auch vor Ort vermehrt als Arbeitskräfte eingesetzt. In den Gebieten unter Militärverwal-

127 Vgl. Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, in: BA-MA, RW 31, 437 sowie Lagebericht der Chefgruppe Arbeit der WiS für Mai 1943, in: BA-MA, RW 31, 477.

128 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's Clean Slate, S. 236.

129 Vgl. CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 3, Bl. 9-10. So waren beispielsweise in Stalino etwa 10.000 Menschen in den einheimischen Verwaltungs- und Polizeiorganen tätig, bei einer Einwohnerzahl von 148.507 Menschen. In Kiev war etwa ein Fünftel der knapp über 100.000 Beschäftigten in der Stadtverwaltung tätig. Vgl. Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, in: BA-MA, RW 31, 437 sowie den Lagebericht der Chefgruppe Arbeit der WiS für Mai 1943, in: BA-MA, RW 31, 477 und *Berkhoff*, Hitler's Clean Slate, S. 212.

130 Vgl. Beispielsweise zu den leitenden Bergbauingenieuren im Steinkohlenbergbau des Donbass: *T. Penter*, Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941-1943, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 19 (2003), S. 187-228, hier S. 215-225.

131 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's Clean Slate, S. 228- 237.

132 Vgl. Doneckij Vestnik, 24. Oktober 1942.

133 Vgl. Durchführungsbestimmung über die Zulassung handwerklicher Betriebe vom 7. März 1942, in: Zentralblatt RKU (1942), S. 217-222, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 46, Bl. 110-111.

134 Vgl. Zentralblatt RKU (1943), S. 607-608, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 47, Bl. 207.

135 BA-MA, RW 31, 421; NA, T77, rolls 1105, 1106.

136 Vgl. Doneckij Vestnik, 14. April 1943, S. 4.

137 Vgl. *Herbert*, Fremdarbeiter, S. 272.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

tung waren im Juli 1943 60 Prozent aller 6,4 Millionen Beschäftigten Frauen.[138] Auf dem Land stellten Frauen von Beginn an die Mehrzahl der Arbeitskräfte.[139] Aber auch in den einheimischen Verwaltungen waren sie stark vertreten, wenngleich sie von den Deutschen in der Regel nicht in Leitungsfunktionen zugelassen wurden.[140] Der steigende Fraueneinsatz zeigte sich auch in der Industrie: In der Metallindustrie waren im August 1943 24 Prozent der Arbeitskräfte Frauen und in der Torfindustrie 65 Prozent.[141] Sogar im Steinkohlenbergbau des Donbass stieg der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Besatzungszeitraum ständig an und erreichte im Juli 1943 28,5 Prozent.[142] Im Erz- und Braunkohlenbergbau des Generalbezirks Dnipropetrovs'k betrug der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte im Februar 1943 mehr als 17 Prozent.[143] Im sonstigen Bergbau der Ukraine (Salz, Quecksilber, Zirkon, Graphit, Bor, Cer und Kill) waren im Juli 1943 die Hälfte der knapp 4.000 Beschäftigten Frauen.[144] In den besetzten Gebieten arbeiteten Frauen im Bergbau auch unter Tage, während dieser Arbeitsbereich im Reich eine „Männerdomäne" blieb.[145]

Die deutschen Besatzer folgten mit dem verstärkten Arbeitseinsatz von Frauen dem sowjetischen Vorbild. In der Sowjetunion waren der wachsende Frauenanteil innerhalb der Industriearbeiterschaft und das Vordringen von Frauen in traditionelle Männerberufe seit Beginn der forcierten Industrialisierung zum vorherrschenden Merkmal des Strukturwandels innerhalb der Arbeiterschaft geworden. Dies erklärte sich nicht zuletzt auch dadurch, dass angesichts sinkender Reallöhne die Familien auf ein zweites Einkommen angewiesen waren. Zwischen 1929 und 1939 war der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in der Industrie insgesamt von 29 Prozent auf 43 Prozent angestiegen. Sogar im sowjetischen Kohlenbergbau und in der Stahlindustrie stellten Frauen 1939 (auch unter Tage) ein Viertel der Arbeitskräfte.[146]

Das Auslandsreferat der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft hatte schon im Januar 1939 über die Frauenarbeit in der Sowjetunion berichtet: „Eine Reihe von Erhebungen hat gezeigt, dass in der Sowjetunion die Frauen nicht selten eine höhere Arbeitsproduktivität erreichen als die Männer. [...] Für diese überraschende Erscheinung lassen sich folgende drei Gründe anführen: erstens ist die Frau pünktlicher; sie besitzt ein ungleich besseres Verständnis für den Begriff Zeit; zweitens ist die Frau, was den Alkohol anbelangt, erheblich zurückhaltender, was

138 Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, S. 304.

139 Vgl. *Berkhoff*, Hitler's Clean Slate, S. 96-97.

140 Von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung in Stalino waren beispielsweise mehr als die Hälfte Frauen. Vgl. Bericht der Kommission zur Überprüfung des Arbeitseinsatzes über die Stadtverwaltung Stalino, in: BA-MA, RW 31, 437; Bericht des ukrainischen Partisanenstabs zur Organisation der Macht in den besetzten Gebieten, in: CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183, Bl. 15-26.

141 Vgl. Erläuterungen des Wirtschaftsstab Ost zu den durchschnittlichen Stundenverdiensten im Bereich der WiS, in: BA-MA, RW 31, 260

142 BA-MA, RW 31, 424, 441.

143 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 43 vom 26. Februar 1943, in: BA Berlin, R 58, 223, Bl. 249.

144 Vgl. BA Berlin, R 3101, 1144, Bl. 108.

145 Laut eines Erlasses des Reichswirtschaftsministers vom 17. Juni 1942 sollten sowjetische Zivilarbeiterinnen zwar im Bergbau eingesetzt werden, um „die schon im Bergbau mit körperlich schweren oder besonders schmutzigen Arbeiten beschäftigten deutschen Frauen abzulösen". Ihr Einsatzort blieb jedoch auf den Tagebau, bzw. die Übertagearbeiten beschränkt, während eine Beschäftigung unter Tage im Reich nicht nur für deutsche Frauen, sondern auch für die „Ostarbeiterinnen" „aus grundsätzlichen Erwägungen" ausschied. Vgl. BA Berlin, R 3901, 20481, Bl. 212.

146 Vgl. Russisches Staatliches Wirtschaftsarchiv (RGAÈ), F. 8628, Op. 3, D. 385, Bl. 3; *Hildermeier*, Geschichte der Sowjetunion, S. 513 ff.sowie jetzt neu: *W.Z. Goldman*, Women at the Gates. Gender and Industry in Stalin's Russia, Cambridge 2002.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

einem höheren Verantwortungsgefühl entspricht; drittens ist die Frau als Einzelpersönlichkeit beständiger, sesshafter und daher viel enger und dauernder an ihren jeweiligen Aufenthaltsort gebunden."[147] Der Autor des Berichts kam sogar zu dem Fazit, dass der verhältnismäßig große Prozentsatz berufstätiger Frauen der sowjetischen Volkswirtschaft einen gewissen Rückhalt gebe und systembedingte Zerfallsprozesse verzögere.[148]

Die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit entsprach aber auch der allgemeinen und kriegsbedingten Entwicklung im Reich: So waren auch im Reich im Sommer 1943 ein Drittel aller Beschäftigten in Rüstungsbetrieben Frauen.[149]

Die Praxis gab den Besatzern recht: Im Steinkohlenbergbau des Donbass beispielsweise erwies sich der Einsatz von Frauen in keiner Weise leistungsmindernd. Im Gegenteil: Parallel zum verstärkten Fraueneinsatz war ein kontinuierlicher Anstieg der Förderleistung (pro Arbeitskraft und Schicht) festzustellen, so dass im Sommer 1943 in einigen Bergwerken die Förderleistung der Sowjetzeit bereits wieder erreicht wurde.[150] Der Bergrat Knepper, der während der Besatzungszeit ein Bergwerk geleitet hatte, erinnerte sich an die sehr guten Arbeitsleistungen der Arbeiterinnen und Ingenieurinnen.[151]

Im Hinblick auf ihre Löhne litten die Frauen in den besetzten Gebieten unter der gleichen Diskriminierung wie die deutschen Arbeiterinnen im Reich[152]: Frauen, die im gewerblichen Bereich beschäftigt waren, erhielten im RKU um 20 Prozent geringere Löhne als ihre männlichen Kollegen. Nur wenn sie gleichermaßen Schwerstarbeit leisteten, konnten sie den gleichen Lohn erreichen.[153] Lohngleichheit von Männern und Frauen war übrigens auch in der Sowjetunion eine Utopie: 1929 verdienten unqualifizierte weibliche Arbeitskräfte je nach Industriezweig nur zwischen 67 und 85 Prozent der Bezüge ihrer männlichen Kollegen.[154]

Für allein stehende Frauen mit kleinen Kindern war das Überleben in den Städten besonders schwer. Auf der verzweifelten Suche nach Lebensmitteln wurden daher zahlreiche Frauen in die Prostitution getrieben. Die Besatzungsbehörden stellten im Frühjahr 1943 eine starke Zunahme der „heimlichen Prostitution" fest sowie infolgedessen eine erschreckende Zunahme von Geschlechtskrankheiten.[155] Einige Frauen arbeiteten in Bordellen, die die deutschen Besatzer unterhielten. In Stalino wurden sie beispielsweise direkt vom deutschen Leiter des Arbeitsamtes dorthin vermittelt.[156] Die meisten Prostituierten waren allein stehende Mütter mit mehr als einem Kind. Ihr Verdienst im Bordell war vergleichsweise hoch. Viele der Frauen verdienten an einem Abend genauso viel Geld wie andere Arbeitskräfte im Monat. Zudem erhielten sie die gleiche Verpflegungsration wie die deutschen Soldaten.[157]

147 RGVA, F. 1458, Op. 40, D. 6, Bl. 81.
148 Ebd., Bl. 85.
149 Vgl. dazu *R. Hachtmann*, Industriearbeiterinnen in der deutschen Kriegswirtschaft 1936 bis 1944/45, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 332-366 und BA Berlin, R 7, 1081.
150 Vgl. BA-MA, RW 31, 412, 441, 477, 485; Jasnopol'skij, Kamennougol'naja Promyšlennost', T. 1, S. 190-208.
151 Interview mit Karl-Heinz Knepper (verstorben), im Juni 2001 in Castrop-Rauxel.
152 Vgl. dazu *Hachtmann*, Industriearbeiterinnen, S. 360.
153 Vgl. Verordnungsblatt des Reichskommissars für die Ukraine, 10. Juli 1942, S. 45-46, in: CDAVOU, F. 3206, Op. 1, D. 45, Bl. 27-29. In den Gebieten unter Militärverwaltung wurde im Februar 1943 allerdings eine neue Lohnverordnung erlassen, wonach Frauen den gleichen Lohn erhalten sollten wie die Männer. Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 532.
154 Vgl. *Goldman*, Women at the Gates, S. 16-17.
155 Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 41 vom 12. Februar 1943, in: BA Berlin, R 58, 223, Bl. 215-217.
156 Vgl. Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF), F. 7021, Op. 72, D. 815, Bl. 6.
157 Vgl. GARF, F. 7021, Op. 72, D. 1, Bl. 1-21.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

VIII. Jugendliche Arbeitskräfte

Neben den Frauen wurden in wachsendem Umfang auch Jugendliche als Arbeitskräfte eingesetzt, die (im Operationsgebiet) bereits ab dem 14. Lebensjahr der allgemeinen Arbeitspflicht unterlagen.[158] Sie wurden auch bei schweren körperlichen Arbeiten, beispielsweise im Steinkohlenbergbau unter Tage, eingesetzt.[159] Mit der Beschäftigung von Jugendlichen verfolgten die Besatzungsorgane zwei Ziele: Zum einen sollte sie zur Linderung des Arbeitskräftemangels beitragen. Zum anderen bildete sie eine Maßnahme zur Bekämpfung der zunehmenden Verwahrlosung von Jugendlichen. Durch Krankheit oder Tod der Eltern oder deren auswärtigen Arbeitseinsatz war eine beträchtliche Zahl von Jugendlichen im besetzten Gebiet weitgehend auf sich allein gestellt. So meldete der Chef der Sicherheitspolizei und des SD im Dezember 1942 für die unter Militärverwaltung stehende Großstadt Char'kiv (mit Umland): „Die Masse der Charkower Jugendlichen treibt sich in der Stadt und auf dem Lande umher, verrichtet Gelegenheitsarbeit, stiehlt oder treibt unehrliche Geschäfte."[160] Tausende von Kindern und Jugendlichen beschäftigten sich mit Käufen und Verkäufen auf den Schwarzmärkten, wo sie auf vergleichsweise einfache Art hohe Geldsummen verdienen konnten. Diese Jugendlichen fielen aus jeglichem sozialen Fürsorgesystem heraus, da sie keine Schulen besuchten und sich die offiziellen Stellen nur um Kleinkinder (bis zu 4 Jahren) kümmerten. Nur 10 Prozent der Jugendlichen wurden von ihren Eltern erzogen und versorgt. Weitere 20 bis 25 Prozent standen in einem Vollzeit- oder Teilzeit-Arbeitsverhältnis. Die Zahl der von Verwahrlosung bedrohten Kinder und Jugendlichen belief sich nach Schätzungen der Sicherheitspolizei und des SD allein in Char'kiv auf mindestens 12.000. Nicht selten flüchteten diese Jugendlichen in die Kriminalität und sicherten ihren Lebensunterhalt durch Diebstähle und Wohnungseinbrüche, Falschspiel (mit Wehrmachtssoldaten) oder heimliche Prostitution.

Um einer Zunahme dieser Verwahrlosungserscheinungen sowie möglicher Bandenbildungen vorzubeugen, gingen die Besatzungsbehörden dazu über, allen Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren (wenn nötig unter Einsatz von Zwangsmaßnahmen) Lehrstellen zuzuweisen.[161] Für ihren Arbeitseinsatz erhielten Jugendliche deutlich geringere Löhne als Erwachsene, da die Lohnsätze nach Alter gestaffelt waren: So bekam ein unter Sechzehnjähriger nur die Hälfte des Stundensatzes eines über Zwanzigjährigen.[162]

IX. Der Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen

Am unteren Ende der Arbeitskräfte-Hierachie in den besetzten Gebieten standen die sowjetischen Kriegsgefangenen. Seit der Untersuchung von Christian Streit sind die Grundzüge des Massensterbens der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Verantwortlichkeit der Wehrmacht bekannt. Nach Streit sind von 5,7 Millionen sowjetischen Soldaten, die im Zeitraum von Juni 1941 bis Februar 1945 gefangen genommen worden waren, ca. 3,3 Millionen (57 Prozent) ums Leben gekommen.[163] Die Ukraine war einer der wichtigsten Schauplätze dieses Massensterbens. Tausende wurden bereits auf den langen Märschen in die Lager ermordet. Die Masse der

158 Vgl. Verordnung über Arbeitspflicht und Arbeitseinsatz der sowjetischen Zivilbevölkerung im Operationsgebiet vom 6.2.1943, in: BA-MA, RW 31, 420.

159 Vgl. BA-MA, RW 31, 441.

160 Vgl. Meldungen aus den besetzten Ostgebieten Nr. 32 vom 4. Dezember 1942, in: BA Berlin, R 58, 699, Bl. 135.

161 Vgl. ebd., S. 133-136.

162 Vgl. „Grüne Mappe", Teil II, S. 75-76, in: BA Berlin, R 26 IV, 33b.

163 Vgl. *C. Streit*, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Bonn ^{4}1997, S. 10, 128-137.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

Kriegsgefangenen starb seit Oktober 1941 in den östlichen Durchgangslagern und vor allem in den großen Stammlagern im Reichskommissariat Ukraine – ein großer Teil von ihnen verhungerte.[164] Am Jahresende 1941 starben in den Lagern im RKU täglich etwa 2.500 Gefangene.[165]

Nach der jüngsten und bisher umfassendsten Zusammenstellung über Lager, Gefängnisse und Ghettos in der Ukraine existierten dort insgesamt 242 Kriegsgefangenenlager.[166] Die Zahl der dort untergebrachten Insassen ist schwer zu ermitteln. Im RKU lag sie im Sommer 1942 bei etwa 220.000 Mann; innerhalb der Heeresgruppe Süd war sie ungefähr ebenso groß.[167] Während zum Arbeitseinsatz der sowjetischen Kriegsgefangenen im Reich seit Ende der 1960er Jahre bereits mehrere umfassende Untersuchungen erschienen sind, und seit Anfang der 1980er Jahre zudem zahlreiche regionalgeschichtliche Untersuchungen zu einzelnen Kriegsgefangenenlagern vorliegen, wissen wir über die Situation der sowjetischen Kriegsgefangenen in den besetzten Gebieten nur sehr wenig.[168]

Die Berichte über die Zustände in den Lagern sind erschreckend. Aus dem zentralen Kriegsgefangenenlager in Stalino, in dem sich ständig zwischen 10.000 und 15.000, manchmal aber auch 35.000 Gefangene befanden, berichtete ein Überlebender:

„Die Gebäude, in denen die Kriegsgefangenen untergebracht waren, besaßen keine Glasscheiben. Zum Aufwärmen der Gebäude, in denen sich bis zu 1.000 Menschen befanden, wurden am Tag fünf Kilogramm Kohle ausgegeben. Es kam zu Fällen massenweisen Erfrierens. Es gab keine Waschhäuser. Die Leute wuschen sich oft ein halbes Jahr nicht und litten an einer riesigen Zahl von Parasiten. In den heißen Sommermonaten erhielten die unter der Hitze leidenden Kriegsgefangenen oft drei bis fünf Tage kein Trinkwasser. Bei jedem kleinsten Anlass wurden sie von den Deutschen mit Stöcken und Kolben verprügelt. [...] Es gab am Tag 1.200g Brot für acht Personen. Das Brot wurde aus qualitativ schlechtem, verbrannten Mehl gemacht. Zudem gab es einmal täglich eine warme Suppe aus einer geringen Menge verbrannter Kleie,

164 Vgl. *Pohl*, Schlachtfeld, S. 349-350.

165 Vgl. *Streit*, Keine Kameraden, S. 133.

166 Vgl. Handbuch der Lager, Gefängnisse und Ghettos auf dem besetzten Territorium der Ukraine (1941-1944)// Dovidnyk pro tabory, tjurmy ta hetto na okupovanij terytorij Ukraïny (1941-1944). Kiev 2000, S. 19. Der Band ist zweisprachig deutsch-ukrainisch.

167 BA Berlin, R 41, 171, Bl. 55-61; 141-151; 255-261; 345-361.

168 Vgl. beispielsweise *R. Otto*, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998 sowie den Forschungsüberblick von *J. Osterloh*, Sowjetische Kriegsgefangene 1941-1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie. Dresden 1995 und von *C. Streit*, Sowjetische Kriegsgefangene in deutscher Hand. Ein Forschungsüberblick, in: *K.-D. Müller u.a. (Hg.)*, Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941-1956, Köln 1998, S. 281-290. Zur Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ukraine vgl. *K. C. Berkhoff*, The „Russian" Prisoners of War in Nazi-Ruled Ukraine as Victims of Genocidal Massacre, in: Holocaust and Genocide Studies 15 (2001), S. 1-32; *Ju Korol'*, Trahedija vijs'kovopolonenych na okupovanij terytorij Ukraïny v 1941-1944 rokach [Die Tragödie der Kriegsgefangenen im besetzten Gebiet der Ukraine in den Jahren 1941-194], Kiev 2002 sowie weitere kleinere Aufsätze des Autors. Für Kriegsgefangenenlager in Weißrußland und Rußland vgl. jetzt mit neuer Deutung, die die Handlungsspielräume an der Basis betont, *C. Hartmann*, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im „Unternehmen Barbarossa". Aus dem Tagebuch eines deutschen Lagerkommandanten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 49 (2001), S. 97-158. Zur Repatriierung der ins Reich verschleppten sowjetischen Kriegsgefangenen vgl. *P. Poljan*, Deportiert nach Hause. Sowjetische Kriegsgefangene im „Dritten Reich" und ihre Repatriierung, München 2001. Einen ersten Überblick zum Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen in der Ukraine liefert *O. Potyl'čak*, Trudovi resursy radjans'kych vijs'kovopolonenych ta „ostarbajteriv" z Ukraïny u nacists'kij vijs'kovij ekonomici v roky druhoï svitovoï vijny, Kiev 1998.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

manchmal mit Zugabe von bis zu einem Liter Holz-Sägemehl. [...] Als Resultat eines solchen Regimes war die Sterblichkeit im Lager sehr hoch, erreichte bis zu 200 Menschen täglich."[169]

In einem Massengrab bei dem oben beschriebenen Lager fand die Moskauer Staatskommission zur Aufdeckung der deutschen Kriegsverbrechen nach der Befreiung des Donbass nach eigenen Angaben etwa 25.000 Leichen vor.[170] Nach sowjetischen Angaben kamen allein im Gebiet Donec'k im Besatzungszeitraum bis zu 150.000 Kriegsgefangene ums Leben.[171]

In der Stadt Artemovsk im Donbass unterhielten die Deutschen ein „Lazarett", in dem über 1.000 verwundete oder kranke sowjetische Kriegsgefangene untergebracht waren. Der einheimische Lagerkommandant sagte bei seiner Vernehmung durch den NKVD aus:

„Im ‚Lazarett' wurden Infektionskrankheiten absichtlich verbreitet. Die Typhus- und Diphterie-Kranken wurden mit schwer und leicht Verwundeten im gleichen Raum untergebracht. Schon nach kurzer Zeit hatten sich alle angesteckt und starben. In einem Raum, in dem man unter normalen Umständen nicht mehr als 200 Personen unterbringen konnte, erreichte die Zahl der Typhus- und Diphterie-Kranken bis zu 600. [...] Viele lagen halbausgezogen oder ganz nackt auf dem Zementboden."[172]

Manchmal wurden die Schwerkranken lebendig mit den Toten in den ausgehobenen Erdlöchern begraben.

Mit dem zunehmenden Arbeitskräftemangel versuchte man vermehrt die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen auszubeuten. Innerhalb der Heeresgruppe Süd stieg die Zahl der zur Arbeit eingesetzten Kriegsgefangenen von Mai bis August 1942 von ca. 50.000 auf knapp 87.000 an. Die Mehrzahl der Kriegsgefangenen wurde bei der Versorgung der Truppe (etwa ein Drittel), beim Straßen- und Brückenbau und der Straßenunterhaltung (ca. 17 Prozent) und bei der Organisation Todt (ca. 13 Prozent) eingesetzt. In der gewerblichen Wirtschaft war der Anteil der Kriegsgefangenen dagegen zunächst gering, und auch in der Landwirtschaft war er vergleichsweise klein (ca. 7 Prozent). Anders sah es im RKU aus: Dort waren im Juli und August 1942 von den mehr als 100.000 Kriegsgefangenen, die zur Arbeit eingesetzt waren, über die Hälfte (ca. 57 Prozent) im zivilen Sektor beschäftigt.[173] Die verfügbaren Zahlen für die Sommermonate 1942 zeigen auch, dass sowohl im RKU als auch innerhalb der Heeresgruppe Süd kaum mehr als die Hälfte – manchmal auch weniger – der verfügbaren Kriegsgefangenen zur Arbeit eingesetzt werden konnten, was vor allem an ihrem katastrophalen Gesundheitszustand lag.

Ein Beispiel für die geringe wirtschaftliche Effektivität des Kriegsgefangeneinsatzes liefert dessen kurzes „Intermezzo" im Donbass-Bergbau. Nach einem Führerbefehl vom 1. Juli 1942 sollte der Arbeitskräftemangel im Steinkohlenbergbau durch den Einsatz von 60.000 Kriegsgefangenen beseitigt werden.[174] Bis Ende September 1942 befanden sich bereits 39.000 Kriegsgefangene in den Lagern, von denen jedoch wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes, mangelnder Kleidung und fehlender Bewachungskräfte nur etwas mehr als die Hälfte zur Arbeit eingesetzt werden konnte.[175] Bis Ende 1942 hatte sich die Zahl der Kriegsgefangenen im Berg-

169 ASBUDO, F. 1, D. 60090, T. 5, Bl. 154, 180. Vgl. zu den Verbrechen an den sowjetischen Kriegsgefangenen in Stalino auch: CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3839, Bl. 4-26.

170 Vgl. den Bericht der Moskauer Staatskommission zur Aufklärung der deutschen Kriegsverbrechen, in: GARF, F. 7021, Op. 72, D. 815, Bl. 8-15.

171 *O. Ionov*, Zločynstva Nimciv u Donbasi, Kiev 1946, S. 15.

172 Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 3869, Bl. 10-14, hier Bl. 11.

173 BA Berlin, R 41/ 171, Bl. 869-1022.

174 BA-MA, RW 31, 976.

175 BA-MA, RW 31, 434.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

bau auf 8.200 reduziert, und im März 1943 waren sie wieder nahezu völlig aus der Belegschaft des Steinkohlenbergbaus verschwunden.[176] Die Sterblichkeit unter den Kriegsgefangenen war extrem hoch und betrug im November in den Bergbau-Stammlagern mehr als 12 Prozent monatlich.[177] In vielen Lagern herrschten Fleckfieber und Typhus.[178] Die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen war sehr gering, was neben ihrem schlechten Gesundheitszustand auch daran lag, dass der größte Teil von ihnen Bauern waren und nur sehr wenige Bergleute oder andere Facharbeiter.[179] Obwohl die Kriegsgefangenen von der Lohnseite her für das Unternehmen nur etwa halb so viel kosteten wie die Zivilarbeiter, konnte ihr Einsatz aufgrund ihrer geringen Arbeitsproduktivität zumindest im Bergbau nicht im Interesse des Unternehmens liegen.[180]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Ende Oktober 1941 getroffene Entscheidung für den Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener in der deutschen Kriegswirtschaft einen gewissen Einfluss auf ihre Versorgungssituation hatte, da sie zu einer Anhebung der Verpflegungssätze zumindest der Arbeitenden führte. Dennoch blieb die unzureichende Ernährung aber auch in der Folgezeit die Hauptursache für die weiterhin hohe Sterberate der Kriegsgefangenen.[181] Das wirtschaftliche Interesse an ihrer Arbeitskraft besserte die Überlebenschancen der Kriegsgefangenen somit also nicht wesentlich. In diesem Zusammenhang verdient eine jüngst von Karel Berkhoff vertretene These Aufmerksamkeit. Berkhoff schlussfolgert, dass das massenweise Hungersterben der sowjetischen Kriegsgefangenen in der Ukraine deutlich hätte gemindert werden können, wenn man nicht so restriktiv gegen alle Versuche der lokalen Bevölkerung, die Kriegsgefangenen mit Nahrung zu versorgen, vorgegangen wäre. Er stützt sich dabei maßgeblich auf sowjetische Quellen und Zeitzeugenberichte, die immer wieder beschreiben, dass die lokale Bevölkerung versucht hat, den Kriegsgefangenen Essen und Kleidung zukommen zu lassen, was jedoch von den deutschen Bewachungskommandos vielfach mit schärfster Gewalt unterbunden wurde.[182]

Zu erwähnen bleibt, dass die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen auch von rassenpolitischen Vorgaben abhängig war: So sollten die Kriegsgefangenen in den Lagern im Operationsgebiet laut Anordnung des Wirtschaftsstab Ost vom 23. August 1941 nach Möglichkeit in verschiedene Gruppen getrennt werden. Während Volksdeutsche, Ukrainer und Balten entweder entlassen, bei leichteren Arbeiten in der Landwirtschaft oder beim Bau von Unterkünften bzw., wenn sie besonders zuverlässig waren, auch als Hilfspolizisten und Dolmetscher eingesetzt werden sollten, waren Asiaten, Juden und Deutsch sprechende Russen für den Arbeitseinsatz im Operationsgebiet vorgesehen. Offiziere und Unteroffiziere sowie alle übrigen Kriegsgefangenen sollten dagegen ins Reich abgeschoben werden. „Politisch untragbare Elemente, Kommissare und Hetzer" sollten nach Ermessen des Lagerkommandanten gleich umge-

176 BA Berlin, R 3101, 34174.
177 BA-MA, RW 31, 418.
178 BA-MA, RW 31, 421, 485.
179 Von 4.200 Kriegsgefangenen der Gruppe Čistjakovo waren im November 1942 zum Beispiel nur 250 ausgebildete Bergleute. Vgl. BA-MA, RW 31, 485.
180 Die Betriebe hatten in den besetzten Ostgebieten für jeden Kriegsgefangenen 4 Rubel am Tag abzuführen, wovon 3 Rubel an das Stalag für Verpflegung und Unterkunft und 1 Rubel der Reichskasse zuflossen. Wenn die Betriebe Verpflegung und Unterkunft selbst gewährten, musste nur 1 Rubel täglich an die Reichskasse abgeführt werden. Vgl. Monatsbericht des Wirtschaftsstab Ost (1.1.-31.1.42), in: NARA, T-178, roll 19.
181 Vgl. *Streit*, Keine Kameraden, S. 161.
182 Vgl. *Berkhoff*, The „Russian" Prisoners of War, S. 1-32.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

bracht werden.[183] Inwieweit diese politischen Vorgaben umgesetzt wurden, ist unklar, da entsprechende Einzelstudien fehlen.

X. Arbeitslager und jüdische Zwangsarbeiter

Die zivilen Arbeitskräfte in den besetzten Ostgebieten waren zum größten Teil nicht in Lagern untergebracht, wie viele der „Ostarbeiter" im Reich, sondern lebten zumeist in ihren alten Wohnungen. Die Zahl der Lager für die Zivilbevölkerung in der Ukraine war vergleichsweise gering: Neben sechs Konzentrationslagern gab es sieben Arbeitserziehungslager, in die vor allem Arbeitsverweigerer zu kürzeren Haftstrafen eingewiesen wurden, 15 Arbeitslager, deren Insassen bei Zwangsarbeiten in Betrieben oder bei Bauarbeiten eingesetzt wurden und 67 wietere, nicht näher zu klassifizierende Lager für die Zivilbevölkerung. Daneben gab es 78 Zwangsarbeitslager für Juden.[184] Interessanterweise war "Zwangsarbeit" im Verständnis der Sowjetbürger fest verbunden mit der Unterbringung in einem Arbeitslager, wohingegen der Arbeitseinsatz der lokalen Bevölkerung weder in den sowjetischen Akten der Kriegs- und Nachkriegszeit oder in den Erinnerungen von Zeitzeugen mit dem Begriff "Zwangsarbeit" bezeichnet wird. [185]

Das größte zusammenhängende System von Arbeitslagern für jüdische Zwangsarbeiter existierte in der Ukraine seit 1942 entlang der „Durchgangsstraße IV" (auch „Rollbahn Süd" oder „Straße der SS" genannt), der zentralen Verkehrsstraße, die die Verbindung Berlin-L'viv nach Osten über Ternopil', Vinnycja, Dnipropetrovs'k und Stalino bis nach Rostov am Don fortsetzen sollte. Dort waren zeitweise über 50.000 Juden und Kriegsgefangene untergebracht. Als Hauptnachschublinie für die Heeresgruppe Süd besaß der Ausbau der Durchgangsstraße IV für die Deutschen eine zentrale strategische Bedeutung. Die Lager, die von der SS verwaltet wurden, dienten dieser als Experimentierfeld für die „Endlösung". Es galt das Prinzip der „Vernichtung durch Arbeit": So hatte der SS- und Polizeiführer in Galizien, Katzmann, seine Männer angewiesen, dass es gleichgültig sei, ob auf jedem Kilometer der Straße tausend oder zehntausend Juden auf der Strecke bleiben. Arbeitsunfähige Juden waren sofort zu erschießen, ebenso wie Flüchtlinge oder Häftlinge, die die Arbeit sabotierten. Die durchschnittliche Lebenserwartung der jüdischen Häftlinge lag bei drei bis sechs Monaten. Dennoch konnte die Zwangsarbeit im Lager für die Häftlinge zunächst auch eine zumindest kurzfristige Rettung bedeuten, denn nach der Auflösung der Ghettos waren die Zwangsarbeitslager nahezu der einzige Ort in Osteuropa, wo Juden – aus wirtschaftlichen Interessen – zunächst noch geduldet wurden. Im Gegensatz zu den Vernichtungslagern sind die Zwangsarbeitslager für jüdische Häftlinge von der Forschung bisher noch nicht systematisch untersucht worden.[186]

---

183 NARA, T-178, roll 18, Bl. 214-216. Bereits im November 1941 hatte Hitler diese Sonderbehandlung der Ukrainer jedoch wieder aufgehoben und angeordnet, dass ukrainische Kriegsgefangene nicht mehr zu entlassen seien. Vgl. RGVA, F. 1358, Op. 4, D. 1, Bl. 85-86.

184 Vgl. Handbuch der Lager, Gefängnisse und Ghettos, S. 15-19.

185 Vgl. dazu beispielsweise Zeugenaussagen in sowjetischen Nachkriegsprozessen gegen führende Vertreter der Stadtverwaltung von Stalino unter der Besatzung, in: ASBUDO, F. 1, D. 60090, T- 1-7; Lageberichte von Partisanen-Einheiten zur Situation in den besetzten Gebieten, in: CDAHOU, F. 62, Op. 1, D. 183 sowie die Berichte der Moskauer Staatskommission zur Untersuchung der deutschen Verbrechen, in: GARF, F. 7021, Op. 72 (Stalino); Op. 56 (Vorošilovgrad).

186 Vgl. *Pohl*, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 165-173, 331-356; *H. Kaienburg*, Jüdische Arbeitslager an der „Straße der SS", in: 1999 Vol. 11 (1996), S. 13-39; *Sandkühler*, „Endlösung" in Galizien, S. 137-148, 181-193, 362-405.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

XI. Zur wirtschaftlichen Bedeutung und historischen Einordnung des Arbeitseinsatzes

Die zentrale Bedeutung des „Produktionsfaktors Mensch" für die deutsche Kriegswirtschaft ist unbestritten, und der wirtschaftliche Nutzen des Arbeitseinsatzes von Sowjetbürgern für das Reich kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. Das stellte bereits die Chefgruppe Arbeit des Wirtschaftsstabes Ost in einem Bericht vom Frühjahr 1943 fest:

„Der große Menscheneinsatz in der Landwirtschaft ermöglichte es, die Bestellungs- und Erntearbeiten in einem nach den vorgefundenen Verhältnissen denkbar größten Umfang durchzuführen und dadurch nicht nur weitgehend die Ernährung der Truppe aus dem Lande, sondern auch die Gewinnung von Überschüssen für die Heimat zu erzielen. Der Einsatz der in der Forst- und Holzwirtschaft, in Ernährungsbetrieben, in der Eisenindustrie, im Bergbau und in den übrigen Gewerbezweigen beschäftigten russischen Arbeitskräfte gestattet der deutschen Kriegswirtschaft bereits jetzt, im Osten eine die Kriegswirtschaft im Reich merklich entlastende Produktion aufzubauen, was gleichzeitig auch für den Arbeitseinsatz im Reich eine erhebliche Entlastung bedeutet."[187]

Die ernährungswirtschaftliche Bedeutung der Ukraine für das Reich war zentral. Sie sollte sowohl den Bedarf der dort stationierten Truppen decken, als auch Überschüsse in die Zuschussgebiete der Heeresgruppen Mitte und Nord und ins Reich liefern.[188] Dieses Ziel wurde zum großen Teil erreicht: In den Wirtschaftsjahren 1941/42 und 1942/43 lagen die tatsächlichen Getreide-, Fleisch- und Fettlieferungen aus der Ukraine (RKU und WiS) an die Wehrmacht und ins Reich sogar zum Teil bis zu 20 Prozent über den Auflagen. Im Wirtschaftsjahr 1943/44 wurden die Auflagen bedingt durch die Kriegsereignisse dann allerdings nur etwa zur Hälfte erreicht.[189] Die Produktionsergebnisse der ukrainischen Industrie blieben dagegen deutlich unter den Erwartungen der deutschen Besatzungsbehörden. In den kriegswichtigen Industrien konnte nur ein Bruchteil der Vorkriegsproduktion erzielt werden: Die Steinkohlenförderung im Donezbecken erreichte mit 4,1 Millionen Tonnen über den gesamten Besatzungszeitraum nur 5 Prozent der jährlichen Vorkriegsförderung, während sich die Kohlelieferungen aus dem Reich in die besetzten Gebiete auf über 17 Millionen Tonnen beliefen. Die Eisenerzgruben im Dneprbogen lieferten unter der Besatzung nur knapp 12 Prozent der Vorkriegs-Monatsproduktion.[190] Dies war vor allem auf die massiven Zerstörungen der Industrieanlagen, die die Rote Armee beim Rückzug vorgenommen hatte, zurückzuführen. Gemessen am Grad der Zerstörungen war die Wiederaufbau- und Förderleistung unter der Besatzung dennoch beachtlich, wie ein Vergleich mit entsprechenden Wiederaufbauleistungen in den unbesetzten Gebieten der Sowjetunion zeigt.[191] Dabei wurde die Arbeitsleistung der sowjetischen Arbeitskräfte von den

187 Bericht des Wirtschaftsstabes Ost/Chefgruppe Arbeit zum Arbeitseinsatz in den bis Ende 1942 besetzten Ostgebieten, in: RGVA, F. 700, Op. 1, D. 82, Bl. 1.

188 Vgl. RGVA, F. 700, Op. 1, D. 65, Bl. 2-5; D. 49, Bl. 151-164.

189 Vgl. *Müller*, Die deutsche Wirtschaftspolitik, S. 448.

190 Erfolgreich war dagegen die Manganerzförderung in Nikopol, die das Vorkriegsniveau sogar überschritt und den gesamten deutschen Bedarf deckte. Vgl. *Eichholtz*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, S. 460-477; *M. Riedel*, Bergbau und Eisenhüttenindustrie in der Ukraine unter deutscher Besatzung (1941-1944), in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 21 (1973), S. 245-284; *ders.*, Eisen und Kohle für das Reich. Paul Pleigers Stellung in der NS-Wirtschaft, Göttingen 1978, S. 310-337.

191 Vgl. dazu beispielsweise die Wiederaufbau- und Förderleistung in den Bergbaugebieten des östlichen Donezbeckens, die erst im Zuge der Sommeroffensive 1942 von der deutschen Armee erobert wurden. Ein Großteil der Bergbaubetriebe in diesen Gebieten war bereits im Oktober 1941 von der Roten Armee planmäßig zerstört worden, dann aber behelfsmäßig wieder in Gang gesetzt worden. Die vom sowjetischen Wiederaufbau dort erzielte Förderleistung (pro Mann und Schicht) war zwar zunächst etwas höher als in den Gebieten unter deutscher

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

deutschen Betriebsleitern allgemein sehr positiv beurteilt: „Die Aussagen der verantwortlichen Betriebsleiter über die ihnen zur Verfügung stehenden Arbeiter sind ziemlich einheitlich und gehen im Wesentlichen dahin, dass der Ukrainer bei richtiger Leitung als ein sehr williger und auch fachlich und leistungsmäßig guter Arbeiter anzusprechen ist."[192]

Im Hinblick auf die Frage nach den Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitskräfte verdeutlichen die verschiedenen angeführten Beispiele, dass es große Unterschiede gab und eine regelrechte „Arbeitskräfte-Hierarchie" existierte. Dabei hingen die Überlebenschancen der verschiedenen Gruppen in hohem Maße von ihrem Zugang zu Nahrungsmitteln ab. Die Landbevölkerung war im Allgemeinen, jedoch nicht in jedem Einzelfall, besser gestellt, als die Stadtbevölkerung. Aber auch in den Städten gab es privilegierte Arbeitsplätze bei deutschen Dienststellen oder in den einheimischen Verwaltungen. Deutlich schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen hatten dagegen vielfach die Arbeitskräfte der Rüstungsbetriebe. Wie das Beispiel der Bergleute im Donbass zeigt, war ihre Lage – bis darauf, dass sie nicht in Lagern untergebracht waren – nicht besser als die der „Ostarbeiter" in der Rüstungsindustrie des Reichs. Unter ihnen standen in der „Arbeitskräfte-Hierarchie" nur noch die sowjetischen Kriegsgefangenen und die jüdischen Arbeitskräfte. Daneben gab es zahlreiche weitere Faktoren, die die individuellen Überlebenschancen der einzelnen beeinflussten, wie beispielsweise rassenpolitische und geschlechtsspezifische Prinzipien: Volksdeutsche Arbeitskräfte wurden bei Lohn, Verpflegung und allgemeiner Behandlung bevorzugt, jüdische benachteiligt. Frauen trafen häufig auf schlechtere Bedingungen als Männer, da sie geringere Löhne bezogen und schwerer in Leitungspositionen gelangen konnten. Hinzu kamen weitere Faktoren wie die politische Loyalität der Arbeitskräfte gegenüber dem Besatzungsregime, die von den Besatzern belohnt wurde, oder auch die individuelle Handlungspraxis der zuständigen deutschen Betriebsleiter, die die Arbeitsbeziehungen in den Betrieben maßgeblich prägen konnte. In einigen Punkten bedeutete diese neue „Arbeitskräfte-Hierarchie" unter der Besatzung, wie beispielsweise die Bevorzugung der Landbevölkerung, letztlich eine Umkehr der alten sowjetischen Hierarchien. In anderen Punkten, beispielsweise beim Einsatz von Methoden zur Leistungssteigerung oder auch in der Propaganda, wurden alte sowjetische Traditionen und Motive von den Besatzern wieder aufgegriffen.

Mit dem verbreiteten Verständnis von „NS-Zwangsarbeit" ist die Vielschichtigkeit der Arbeitsverhältnisse im besetzten Gebiet kaum angemessen zu erfassen, zumal das Kriterium des Zwangs für die Arbeitserfahrung der Betroffenen nicht vorrangig gewesen zu sein scheint, wie Zeitzeugenberichte oder auch die Semantik der sowjetischen Quellen zeigen. Dies ist vor allem auf die häufig ebenfalls von starken Zwängen geprägten spezifischen Arbeitserfahrungen der Sowjetbürger in der Sowjetunion der 1930er Jahre zurückzuführen. Die Einbeziehung einer längerfristigen erfahrungsgeschichtlichen Perspektive bei der Untersuchung des Arbeitseinsatzes, wie auch bei der Untersuchung der Kriegszeit insgesamt, stellt daher ein aktuelles Forschungsdesiderat dar.[193] Dabei sollte nicht vergessen werden, dass die „Arbeit für den Feind" insbeson-

---

Herrschaft, wurde von dieser jedoch schon bald eingeholt und sogar deutlich übertroffen Vgl. CDAHOU, F. 1, Op. 23, D. 165, Bl. 46-52. Dies widerlegt die Einschätzung von Dietrich Eichholtz, der in Anlehnung an die sowjetische Historiographie davon ausging, dass die großen Anstrengungen der Deutschen beim Wiederaufbau der Steinkohlenbergwerke maßgeblich am Widerstand der sowjetischen Bevölkerung scheiterten. Vgl. *Eichholtz*, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, 1985, S. 469.

192 Vgl. Eindrücke einer Russlandreise vom 10. bis 14.8.1942 (unter Teilnahme von Paul Pleiger und Alfried von Bohlen und Halbach), in: Westfälisches Wirtschaftsarchiv (WWA), NIK-3892.

193 Vgl. zur Erfahrung von Zwangsarbeit *T. Penter*, Zwangsarbeit – Arbeit für den Feind.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM

dere für die Stadtbevölkerung auch eine Überlebensstrategie darstellte, weil sie den Zugang zu geringen Lebensmittelmengen ermöglichte und einen gewissen Schutz vor physischer Vernichtung bot. Verglichen mit der Lebenssituation der Nicht-Arbeitenden, insbesondere der Nicht-Arbeitsfähigen konnte selbst die Arbeit im Bergwerk ein Privileg darstellen.

Unabhängig von der Heterogenität der Arbeitsverhältnisse und der Wahrnehmung des Arbeitseinsatzes durch die Betroffenen selbst zeigt die vorliegende Untersuchung aber auch, dass zumindest die Mehrheit der gewerblichen Arbeitskräfte, die Kriegsgefangenen und die (zumeist jüdischen) Insassen der Arbeitslager im Hinblick auf die Intensität ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung, die Anwendung von Terror und Zwang und die sehr schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen vielfach nicht besser, manchmal sogar schlechter gestellt waren als ihre Landsleute im Reich. Darüber hinaus lässt sich sagen, dass nahezu alle einheimischen Arbeitskräfte wesentlich schlechtere Arbeits- und Lebensbedingungen hatten als die (wenigen) in der Ukraine eingesetzten deutschen Arbeitskräfte. Dies sollte von der Zwangsarbeiterforschung zur Kenntnis genommen und in Zukunft durch entsprechende Regional- und Lokalstudien im Einzelfall empirisch genauer untersucht werden. Dabei muss die Arbeitseinsatzpolitik insgesamt als zentrales Element der Besatzungspolitik, das den Alltag der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung maßgeblich prägte, in der Okkupationsforschung stärker als bisher berücksichtigt werden, wobei auch der Frage nach regionalen Besonderheiten und dem Einfluss des jeweiligen Besatzungstyps größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Genauer zu untersuchen sind zudem die Rückwirkungen des Arbeitseinsatzes auf die ukrainische Nachkriegsgesellschaft, die – ganz abgesehen von den wirtschaftlichen Schäden – beträchtlich gewesen zu sein scheinen. Diejenigen, die für den Feind gearbeitet hatten, standen nach dem Krieg unter dem Pauschalverdacht der „Kollaboration". Insbesondere die heimkehrenden „Ostarbeiter" und Kriegsgefangenen bekamen dies nach ihrer Repatriierung in Form von Repressalien und Diskriminierungen zu spüren. Zahlreiche Sowjetbürger, die in leitender Funktion mit den Deutschen zusammengearbeitet oder den Tod von Landsleuten zu verschulden hatten, wurden von sowjetischen Gerichten als „Vaterlandsverräter" verurteilt.

Unter der Besatzung vertieften sich die gesellschaftlichen Brüche und Gegensätze, die bereits im Stalinismus der 1930er Jahre angelegt waren. Sie äußerten sich in der Traumatisierung der ukrainischen Nachkriegsgesellschaft. Die „Arbeit für den Feind" stellte bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, vielfach sogar bis heute, ein absolutes Tabu dar, was dazu führte, dass mehrere Millionen Menschen, die die Kriegszeit im besetzten Gebiet erlebt hatten, ihre spezifischen Kriegs- und Leidenserfahrungen nicht verarbeiten konnten. Selbst wenn dies für sie keine unmittelbaren Diskriminierungen bedeutete, so hatten sie doch ein Leben lang mit dem Stigma des „Vaterlandsverrats" zu kämpfen und waren bestrebt, diesen Abschnitt ihres Lebens zu verheimlichen. Für eine Zeitzeugin aus dem Donezbecken, die unter der Besatzung in einer Brikettfabrik gearbeitet hatte, sind die Erinnerungen daran bis heute schmerzhaft: „Als unsere Truppen kamen, wurden wir terrorisiert, weil wir geblieben waren. Man hat uns verachtet, weil wir unter der Besatzung gelebt hatten. Als ich später zur Sozialfürsorgestelle ging, sagten sie mir, dass ich für die Deutschen gearbeitet hätte. Hätten die denn nicht für die Deutschen gearbeitet, wenn man ihnen eine Pistole vor die Brust gehalten hätte? So ist es. Ich leide darunter. Ja, ich habe sogar Angst mich daran zu erinnern. Es war schrecklich. Wir wurden verachtet. Warum? Waren wir etwa Verbrecher?"[194]

194 Interview mit Vera Poljakova, (geb. 1922) im Juni 2001 in Donec'k.

Brought to you by | New York University Bobst Library Technical Services
Authenticated
Download Date | 6/6/15 8:07 AM